Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 28. Sonnabend, den 3. Februar 1900. 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Va banque!

r—. Die Reaktion spielt im Reiche gegenwärtig ein tolles Va banque-Spiel. Sie hat Alles auf die Marinekarte gesetzt und hofft: was 1887 gelang, kann heute nochmals gelingen und gelingt es — so sind wir auf immer gerettet! Deshalb hetzt und treibt sie seit Monaten auf eine Reichstagsauflösung. Die vier Milliardenforderung für schwimmende Festungen und was sonst dazu gehört, ist ihr nur Mittel zum Zweck. Sie hat im Geheimen geschürt und gearbeitet, um der Regierung zu ihrer Forderung Muth zu machen; ihr könnte nichts Unangenehmeres passiren, als wenn die aalglatte Zentrumsdiplomatie einen „goldenen Mittelweg" fände, der eine Verständigung mit der Regierung ermöglichte. Sie, die Reaktion, will keine Verständigung, sie will die Auseinandertreibung des gegenwärtigen Reichstags, um in einer neuen Faschingswahl eine reaktionäre Majorität zu schaffen, die alle reaktionären Herzenswünsche verwirklicht.

Wenn dieses neue Flottengesetz angenommen würde, stiegen bis 1916 die Kosten für die Kriegsmarine auf 4 417 180 000 Mark! Da jedoch die Höhe der Ausgaben in Folge dieses Flottengesetzes erst im Jahre 1820 erreicht würde, so kostete dem deutschen Volke die Marine von 1901 bis 1920 **insgesammt 5 733 600 000 Mark!** Man sagt zwar, daß dieser Umsturz des Marineetats Mehrbelastungen des Volkes durch neue Steuern nicht hervorrufen solle, aber was will eine solche Versicherung besagen! Ein plötzliches, wenn auch nur wenig beträchtliches Nachlassen dieser augenblicklichen Prosperitätsperiode, die ein Loch in den Voranschlag der indirekten Steuern reißen würde — und die Nothwendigkeit der Schaffung neuer Einnahmequellen ist bereits gegeben. Wir Arbeiter brauchen uns nicht erst lange die Frage vorzulegen, wer die neuen Steuern aufzubringen hätte. Es ist „patriotische" Sitte bei der herrschenden Klasse Deutschlands, alle Kosten zur Aufrechterhaltung der Reichsherrlichkeit abzuwälzen auf die breiten Massen des Volkes, denen man die Vaterlandsliebe abspricht und die man am liebsten das bischen politischen Einflusses, welches sie noch besitzen, im Klasseninteresse der bürgerlichen Gesellschaft berauben möchte. Werden aber die indirekten Steuern erhöht, so würde die Belastung der Arbeiterfamilien, die schon heute durch Steuern und Zölle bei nur fünfköpfigen Arbeiterfamilien cirka 85 Mark jährlich beträgt, auf weit über 100 Mark jährlich für diese Familin hinaufschnellen — sofern blos die Kosten dieses Flottengesetzes gedeckt werden sollten und man nicht zu dem „Endziel" des Herrn Miquel greift, „Steuern auf Vorrath" zu schaffen.

Nicht mit einem einzigen Worte hat die Regierung in ihrer Begründung wie in der langen, zahlengespickten Denkschrift über die „Steigerung der deutschen Seeinteressen von 1896 bis 1898", die sie ihrer Marineforderung mit auf den Weg gegeben hat, überzeugend dargethan, daß die Durchführung dieses neuen Flottengesetzes eine Nothwendigkeit wäre. Die Weltlage hat sich für das deutsche Reich seit 1896 nicht im Geringsten geändert. Alle Regierungen betheuern ihre Friedensliebe und der mächtigste Staat, gegenüber dem unsere Kriegsmarine in erster Linie in Frage käme und dem das kapitalistische Interesse gegenwärtig am feindseligsten gegenüber steht, England, ist durch den Burenkrieg und durch russische Schwierigkeiten im fernen Asien derart in Anspruch genommen, daß es nicht daran denken kann, unfreundliche Handlungen gegen Deutschland zu unternehmen. Was die Königin von England in ihrer Thronrede soeben über die Absicht Englands sagt, sein militärisches System zu ändern und große Opfer für militärische Zwecke zu bringen, ist nur das Eingeständniß der schwächlichen Position Englands und zeigt, daß Deutschlands Wehrkraft völlig gegen jeden Angriff genügt. Unser Handel bedarf der Kriegsmarine nicht und die Thatsache, daß er sich bei der bisherigen, als „unzulänglich" hingestellten Flotte so großartig entwickelt, ist geradezu ein Hohn auf die gegenwärtige Milliardenforderung. Warum also treibt die Reaktion mit solchem unterminirenden Eifer auf den Konflikt zwischen Regierung und Reichstag, warum hetzt sie: nichts abhandeln lassen durch das Zentrum! Auflösen! Alles oder Nichts!?

Die deutsche Reaktion — das ostelbische Glücksrittertum von Ar und Halm und die protzigen, brutalen Emporkömmlinge der deutschen Großindustrie — ist im gegenwärtigen Reichstage, sobald sie aus eigner Kraft etwas unternehmen will, zur Einflußlosigkeit verdammt. Wohl hat sie das Ohr der Regierung, wohl erfüllt diese jeden Wunsch, aber wenn nicht aus dem „Sumpf" der Mitte des Reichstags, wo die buntscheckige Mehrheit des Zentrums sitzt, Hülfe kommt, fallen alle reaktionären Unternehmungen platt zu Boden. Das dünkt den Reaktionären ein unhaltbarer Zustand und deshalb soll dieser Reichstag auffliegen. Sie können das Va banque-Spiel beginnen, denn in der gegenwärtigen Situation haben sie kaum etwas zu verlieren, aber sie können gewinnen — noch einmal einen Hurrah-Reichstag wie 1887 und sie können sich die politische Macht in Deutschland für alle Zeit sichern.

Wer unsere Reaktionäre in den letzten Tagen reden gehört hat, kann sich über ihre Absichten nicht im Zweifel befinden. Die Klagen darüber, daß der „starke Mann" fehlt, daß das Sozialistengesetz gefallen ist, daß nicht mit dem gehörigen Nachdruck gegen den Umsturz vorgegangen wird, zeigt, was die Reaktion will. Unter der wüsten Marinebegeisterung der reaktionären Klique verbirgt sich nicht sowohl das geschäftliche Interesse der Schiffslieferanten, es verbergen sich darunter auch alle Zukunftshoffnungen der Reaktionäre und ihrer Gewaltpolitiker.

Gelingt es ihnen, die Regierung ganz zu sich herüber zu ziehen und den Reichstag auffliegen zu lassen, so werden sie in einem beispiellosen Wahlkampf durch Beeinflussungen und Bedrückungen Alles versuchen, eine blindreaktionäre Majorität zu Stande zu bringen und ist erst dieser große Wurf gelungen, so ist freie Bahn für den Ansturm gegen die Rechte und die verfassungsmäßige Stellung des Volkes geschaffen. Die Reaktion braucht ja keine Rücksicht zu nehmen; sie weiß, daß das Volk sie haßt und von ihr das Schlimmste erwartet; sie hat auch nie einen Zweifel darüber gelassen, daß für sie alles politische Handeln blos eine nackte Machtfrage ist. Hat sie einmal die Macht, so wird sie sich dieselbe für lange Zeiten sichern. Sie wird der Regierung die Marineforderung in ihrem ganzen Umfange bewilligen; sie wird die leidige „Deckungsfrage" im Voraus lösen durch die Annahme des Miquel'schen Steuer-Automaten: Reichsfinanzreform, und deshalb ist Miquel im Bundesrath auch der eifrigste Fürsprech einer Reichstagsauflösung; sie wird sich die Macht sichern durch den Sturz des Reichstagswahlrechts, dieser trefflichsten Waffe des Volkes; sie wird jeden Versuch, ihre Macht zu brechen im Voraus hindern durch ein neues Umsturz- und Sozialistengesetz; sie wird eine Aera der unbeschränkten Ausdehnung des Militarismus und Marinismus beginnen; sie wird den Reichstag zu einem Tummelplatz für die Habgier des Kraut- und Schlotjunkerthums machen; sie wird eine Reaktionsperiode beginnen, die Deutschland an den Rand des Verderbens bringt.

Das ist's, was unter der Flagge der Marineforderung vertheidigt wird. Nicht blos um die Milliardenforderung für die Marine handelt es sich, sondern um das, was sich alles hinter der Marineforderung verbirgt! Deshalb das Geschrei, deshalb die Sehnsucht nach einer Reichstagsauflösung.

Die Arbeiterklasse kennt die Situation. Sie sieht den Auseinandersetzungen um die Marinevorlage gespannt entgegen. Aber die Reaktion soll sich nicht täuschen. Nicht hat sie die Rechnung ohne den Wirth gemacht, denn das arbeitende Volk wartet nur darauf, seine nimmer lahmende Kraft in einem frischen fröhlichen Wahlkampf zu zeigen, der das Vabanque-Spiel der Reaktion mit einem endgültigen Zusammenbruch der Reaktionspolitik endigen läßt und Deutschland in Bahnen lenkt, die der großen Zeit entsprechen, an deren Anfang wir stehen.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.")

Berlin, den 1. Februar 1900.

Der Reichstag hielt Donnerstag nur eine dreiviertelstündige Sitzung ab. Das Extraordinarium des Postetats und der Etat der Reichsdruckerei wurden fast ohne Debatte erledigt. Die nächste Sitzung findet erst Dienstag statt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Berathung der sogenannten lex Heinze. Die lex Heinze soll Mittwoch zu Ende geführt werden und am Donnerstag mit der Berathung der Flottenvorlage begonnen werden.

140. Sitzung. Nachmittags 12 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Podbielski.

Die zweite Berathung des Post-Etats wird beim Extraordinarium fortgesetzt.

Zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes auf dem Postgrundstück am Hauptbahnhof in Düsseldorf werden als erste Rate 120 000 Mark verlangt.

Kirsch (Z.) wünscht Einstellung des gesammten Restbetrages in den nächsten Etat, damit das neue Postgebäude zu der Kunst- und Gewerbeausstellung im Frühjahr 1903 fertig ist.

Staatssekretär v. Podbielski erklärt sich bereit, dem Wunsche des Vorredners nachzukommen.

Die Position wird bewilligt.

Zur Vergrößerung des Postgrundstücks in Mannheim fordert die Regierung als erste Rate 297 000 Mark. Die Kommission hat beschlossen: zur Erwerbung eines Grundstücks in Mannheim 180 000 Mark zu bewilligen.

Der Antrag der Budget-Kommission wird ohne Debatte angenommen.

Zur Errichtung und zum Ankauf von Dienstwohnungen für Unterbeamte an solchen Landorten und isolirten Bahnhöfen, an denen es an geeigneten Wohnungen mangelt, werden 315 000 Mk. gefordert (45 000 Mk. mehr gegen das Vorjahr).

Gamp (RP) wünscht, daß diese Position möglichst bald erheblich erhöht werde, weil die Wohnungen dem vorhandenen Bedürfniß durchaus nicht genügen.

Staatssekretär v. Podbielski: Leider sind die Grundbesitzer nicht immer bereit, ihr Land zu verkaufen, dadurch erwachsen der Reichspostverwaltung große Schwierigkeiten. Wo wir selbst nicht bauen können, werden Wohnungen gemiethet, wenn ich auch zugeben muß, daß diese gemietheten Wohnungen häufig in keinem würdigen Zustand sind

Gamp (RP.): Wenn die Postverwaltung das Land nicht bekommt, so wird das wohl daran liegen, daß sie nicht die angemessenen Preise zahlen will.

Damit schließt die Diskussion. Die Position wird bewilligt.

Unterstaatssekretär Fritsch kommt auf den Beschluß des Reichstages betreffs des Postgrundstückes in Mannheim zurück und spricht die Erwartung aus, daß die von der Regierung geforderte erste Rate wenigstens im nächsten Jahre vom Reichstag bewilligt werde.

Präsident Graf Ballestrem: Als Mitglied des Bundesraths hat der Herr Vorredner das Recht, jeder Zeit zu sprechen, ich habe ihn daher auch nicht unterbrochen, obgleich er zu einer Position sprach, über welche die Diskussion bereits geschlossen ist. Eine weitere Debatte darf sich aber an diese Bemerkung nicht knüpfen.

Der Rest des Extraordinariums wird darauf debattelos genehmigt. Damit ist die Berathung des Postetats beendet. Der Etat der Reichsdruckerei wird ohne Diskussion angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Berathung der lex Heinze.)

Schluß 1 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Centrumspresse steht vorläufig noch unentwegt bei der Fahne der Flottenopposition. Inzwischen hat jedoch ein katholischer Kirchenfürst sich ziemlich deutlich für die Flottenvermehrung begeistert. Der zum Erzbischof von Köln erwählte Bischofs Dr. Simar hat in einer Ansprache bei der Kaisergeburtstagsfeier im Rathhaussaale zu Paderborn u. A. Folgendes gesagt:

„Es mache sich in Deutschland ein unverkennbares, aus dem Volke herauswachsendes Bestreben geltend, nach auswärts die Ehre des deutschen Namens zu tragen und die Deutschen, wo sie immer sich ansiedelten, unter den Schutz der deutschen Flagge zu stellen. Der Kaiser trage uns die Fahne voran und es sei unsere Pflicht, dem Mahnrufe des Kaisers zu entsprechen. Die Frage der Kosten könne nur in zweiter Linie in Betracht kommen, wiewohl sie zweifellos sich nach der Leistungsfähigkeit des Volkes richten müsse. Bei gutem Willen würde auch diese Frage gelöst werden und er hoffe, daß, wie bisher, wenn es patriotische Fragen gelte, auch in Deutschland allenthalben nur ein Ruf erschallen werde: „Wir folgen unserm Kaiser."

Was sagt die Zentrumspresse dazu? Schließlich noch ein — weniger ernstes Pröbchen von Flottenbegeisterung. Der Theaterdirektor Höfler, der Leiter des „fürstlichen Theaters" Schloß Braunfels, regt seine sämmtlichen Kollegen im Reiche an, Separat-Vorstellungen an ihren Bühnen zu geben, deren Erträge an den Präsidenten der deutschen Bühnengenossenschaft gesandt und in Summa als Beitrag für die Erbauung eines deutschen Kriegsschiffes

dem Kaiser zum Geburtstag überreicht werden sollen. Die erste Vorstellung zu diesem Zwecke giebt Herr Höfler am 5. Februar im Stadttheater zu Solingen. — Jetzt brauchen sich die Flottenfexe um die „Deckungsfrage" keine Sorgen mehr zu machen.

Zur Reform des Submissionswesens. In den Submissionsbedingungen für den Neubau der Heilstätten zu Beelitz hat die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin den Wunsch ausgesprochen, daß die neunstündige Arbeitszeit nicht überschritten werde, und die Forderung aufgestellt, daß die Löhne in dem Vertrage festgelegt werden. Zum ersten Male wird hier von einer Behörde der Versuch gemacht, eine Reform im Submissionswesen, die von allen Freunden einer wahren Sozialpolitik seit Jahren verlangt wird, praktisch durchzuführen. Natürlich ist ob dieses Schrittes der Versicherungsanstalt die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller, deren Vorsitzender der berühmte Fritz Kühnemann ist, höchlichst entrüstet. Sie fordert den Verband auf, in die inneren Bestimmungen seines Betriebes nicht eingreifen zu lassen und sich diesen Bestimmungen nicht zu unterwerfen. Das ist wieder einmal der einseitigste profitwüthige Unternehmerstandpunkt in seiner ganzen sozialpolitischen Kurzsichtigkeit.

Zur Ungültigkeitserklärung des Mandats des Abgeordneten Sachße-Waldenburg bemerkt der „Vorw.":

Gegen die Wahl des Abgeordneten Sachße, der in der Stichwahl mit 13 043 gegen 13 007 Stimmen, die auf den Kandidaten der Reichspartei fielen, in Waldenburg (Schlesien) gewählt worden war, ging ein Protest ein. In demselben war die Behauptung aufgestellt, daß im Wahlbezirk Konradsthal, in dem bei der Stichwahl Sachße eine Mehrheit von 44 Stimmen erhalten hatte, ein Bahnmeister — also ein unmittelbarer Staatsbeamter — entgegen den Bestimmungen des § 9 des Reichs-Wahlgesetzes, als Wahlbeisitzer fungirt habe. Weiter wurde im Protest behauptet, daß während der Mittagspause vorübergehend nur 3 Mitglieder, darunter der Bahnmeister, die Wahlhandlung geleitet haben. Die dieserhalb gepflogenen Erhebungen haben ergeben, daß zwei Mitglieder des Wahlvorstandes die Protesteingaben eidlich bestätigten, während die vier weiteren Mitglieder des Wahlvorstandes — darunter der Bahnmeister selbst — sich an die Vorgänge am Stichwahltag nicht mehr genau erinnern können oder die Richtigkeit der Protestangabe bezweifeln. Die Kommission beschloß mit Mehrheit, dem Reichstag zu empfehlen, die Wahl für ungültig zu erklären.

Das preußische Abgeordnetenhaus erledigte Dienstag glücklich den Etat der Landwirthschaftlichen Verwaltung. Die Debatte stand auf dem denkbar niedrigsten Niveau, und die Kosten der Unterhaltung wurden fast ausschließlich von den Agrariern aller Schattirungen bestritten. Sie verlangten, daß mehr landwirthschaftliche Wanderlehrer angestellt und ländliche Haushaltungsschulen für Mädchen eingerichtet würden. Zu solchen Zwecken müsse der Staat aus dem Vollen geben. Für die Haushaltungsschulen trat besonders begeistert der konservative Agrarier Hirt ein. Er hofft dadurch die Frau, „die Seele unserer Wirthschaftsordnung" — so lautete sein hübscher Ausdruck — dem ländlichen Betriebe zu erhalten und zu verhüten, daß die Landmädchen nach der Stadt heirathen. Einem kleinen Eheverbot nach dieser Richtung wäre er gewiß nicht abgeneigt. Der fromme Zentrumsagrarier Pless forderte die Einführung des Religionsunterrichts in den ländlichen Fortbildungsschulen. Vom Regierungstisch aus mußte ihm erwidert werden, daß im Lehrplan hierfür leider kein Platz wäre; doch würde jeder Unterrichtstag mit einer Andacht eröffnet. Man sieht, daß der Kulturstaat Preußen alles thut, um dem Volke die Religion zu erhalten. Sonst unterhielt man sich noch über schärfere Kontrolle der Abdeckereien, über Hebung der Lachsfischerei im Rhein, über Ausbaggerungen und Uferbauten an der oberen Spree, über Weinverfälschungen und landwirthschaftliche Meliorationen im Eifelgebiet. Es war vielerlei, aber nicht viel.

Bescheidenheit ist eine Zier. Noch ein drittes Doppel-Geschwader von siebzehn Linienschiffen verlangt über das neue Flottengesetz hinaus eine Broschüre des Privatdozenten Adolf v. Wenckstern und zwar in der allerkürzesten Zeit. Auf je 20 Millionen Köpfe der Bevölkerung müsse ein solches Doppelgeschwader kommen, und da Deutschland in 5 Jahren die 60 Millionen voll haben werde, müsse das dritte Doppelgeschwader in fünf Jahren hergestellt werden. Die „Freisinnige Zeitung" meint, diese Broschüre sei bezeichnend für den Hitzegrad, welchen die Flottenagitation in den Köpfen akademischer Gelehrter schon hervorgebracht habe. — Herr v. Wenckstern ist derselbe sehr ehrenwerthe Mann, der warm für die Zuchthausvorlage eintrat. Seine „wissenschaftliche" Methode besteht darin, daß er die Forderungen der Regierung immer noch um ein großes Stück übertrumpft. Forderte die Regierung die Zuchthausvorlage, so bewies er haarscharf, daß den „rothen Gewerkvereinen" ausschließlich mit dem kleinen Belagerungszustand beizukommen sei. So macht er's auch jetzt wieder beim Flottengesetz. Mit solcher „Methode" wird Herr v. Wenckstern eine ganz famose Karriere machen.

Gegen die Kanalvorlage wird die Opposition in den konservativen Reihen, so schreibt die „Freis. Ztg." von Tag zu Tag munterer und schroffer. „In konservativen Kreisen erzählt man," so fährt das Blatt fort, „daß vor einigen Tagen wiederum ein hoher Hofbeamter seine Entlassung eingereicht habe. Auf die Frage, weshalb dies geschehe, gab er zur Antwort, daß er als Mitglied des Herrenhauses in die Lage kommen würde, gegen die Kanalvorlage zu stimmen. Daraufhin soll das Entlassungsgesuch abgelehnt worden sein, da man eine solche Opposition nicht derart schwer ansehen würde. Hiernach hat sich die Meinung in konservativen Reihen verbreitet, daß die Kanalvorlage in dieser Session entweder gar nicht erscheinen wird, oder, wenn sie erscheint, ebenso leicht über die Session hinausgeschleppt werden kann, wie dies im vorigen Jahre der Fall gewesen ist."

Die „geistigen" Waffen der Bündler. Einem Vertreter des liberalen Bauernvereins „Nordost", der sich u. A. auch an den Gastwirth des Dorfes Alt-Prilipp im Kreise Pyritz, den der Freiherr von Wangenheim im Reichstage vertritt, gewendet hatte mit dem höflichen Ersuchen, ihm den Saal zu einem Vortrage zu überlassen, ging auf einer Postkarte folgende Antwort zu:

Im Auftrage der hiesigen Mitglieder des Bundes der Landwirthe erwidere Ihnen hiermit, daß dieselben nicht die Garantie übernehmen, daß Sie hier mit heiler Haut wieder aus Prilipp kommen werden. Das Lokal wird infolge dessen nicht freigegeben. Walter.

Für die in bündlerischen Kreisen großgezogenen Anschauungen über politischen Anstand ist die Antwort bezeichnend.

Die lex Heinze wirft ihre Schatten voraus. Vor dem Landgericht München I stand, angeklagt wegen eines Verbrechens der Kuppelei (§ 181, Minimum 1 Jahr Zuchthaus) eine 46 Jahre alte Hausverwalterin. Die Anschuldigung ging, nach dem Bericht der „Münchener Post", dahin, daß die Angeklagte der Unzucht ihres leiblichen Sohnes dadurch Vorschub leistete, daß sie als Hausmeisterin an ihren Sohn und dessen Geliebte (welche beide zur kritischen Zeit verlobt und bereits die Heirathspapiere in Händen hatten und jetzt seit zwei Monaten verheirathet sind) in dem von ihr verwalteten Hause eine Wohnung, bestehend aus Zimmer und Küche, vermiethet hat. — Die Anzeige wurde von dem Tagelöhner und Unterhändler Georg Hörner aus Rache darüber erstattet, daß ihm von der Angeklagten infolge seines Miethszinsrückstandes die Wohnung gekündigt wurde. — Die Beschuldigte bestritt in ihrem Verhör das ihr zur Last gelegte Reat und wies sodann durch Zeugen nach, daß ihre Wohnung sich im Vorderhaus, die Wohnung ihres Sohnes und ihrer Schwiegertochter sich aber im Rückgebäude befand. Die Wohnung habe sie an die jungen Leute vermiethet, nicht um dem Sohn Gelegenheit zur „Unzucht" zu geben, sondern weil sie eben leer wurde und in Bälde die Heirath in Aussicht stand. Zu alledem habe ihr Sohn nur einige Tage mit seiner Braut zusammengewohnt und sei sofort ausgezogen, als sie (die Hausmeisterin) von dem Schutzmann Gerlesberger auf die Strafbarkeit eines derartigen Zusammenlebens aufmerksam gemacht wurde. — Sohn und Schwiegertochter machten von dem ihnen zustehenden Recht der Zeugnißverweigerung Gebrauch. Infolgedessen schrumpfte der Beweis der Anklage auf die Aussage einer Inwohnerin, die den Sohn einmal zur kritischen Zeit aus der Wohnung seiner Braut kommen sah, und auf den Umstand, daß in der Wohnung der Braut zwei Betten in einem Zimmer aufgeschlagen waren — ergo „Unzucht" getrieben worden sein muß — zusammen. Trotz dieses geradezu kläglichen Beweismaterials hielt Staatsanwalt Willibald Maier die Anklage wegen eines Verbrechens der Kuppelei aufrecht und beantragte „in Rücksicht auf die grobe Pflichtverletzung" gegen die Mutter — man höre! — zwei Jahre Zuchthaus!! — Nach längerer Berathung machte der Vorsitzende die Angeklagte auf die möglicherweise eintretende Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts aufmerksam, wonach nämlich das Gericht annehmen könnte, daß nicht ein Verbrechen der Kuppelei, wohl aber ein — — Vergehen des Versuchs zu einem Verbrechen der Kuppelei vorliegen könnte. Nach dem hierauf verkündeten Urtheil wurde die Angeklagte — kaum glaublich — auch wegen eines Vergehens des Versuchs zu einem Verbrechen der Kuppelei schuldig gesprochen und unter Annahme mildernder Umstände zu 4 Monaten 15 Tagen Gefängniß (gleich drei Monate Zuchthaus) verurtheilt!! Es bedarf wohl keiner langen Ausführungen, um darzuthun, daß auch dieses juristische Urtheil, wie viele andre, im Gegensatz steht zu den in weiten Kreisen des Volkes herrschenden Anschauungen über Sitte und Moral. Das Urtheil zeigt, was wir zu gewärtigen haben, wenn die lex Heinze in ihrer jetzigen Fassung endgültig angenommen ist. Sie würde nichts sein als eine Quelle gemeinster Denunziationen; sie würde die Sittlichkeit herabdrücken, zu deren Hebung das Gesetz bestimmt ist.

Kleine politische Nachrichten. Im Reichstage hat die polnische Fraktion (von Czarlinski u. Gen.) mit Unterstützung von Mitgliedern des Zentrums, des Welfen Freiherrn v. Hodenberg und des Dänen Johannsen folgende Interpellation eingebracht: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der § 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes immer häufiger eine Auslegung erfährt, welche die Rechtspflege gefährdet, die Interessen vieler Reichsangehörigen schädigt und tiefe Erbitterung erregt? Ist der Herr Reichskanzler bereit, zum Zwecke der Beseitigung dieser Mißstände eine Klarstellung der gesetzlichen Bestimmungen des § 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes herbeizuführen?" Im § 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes handelt es sich um die Sprachenfrage in Gerichtsverhandlungen. Die Interpellation soll am 7. Febr. auf die Tagesordnung gesetzt werden. — Der Bundesrath überwies in seiner Sitzung am Donnerstag den zuständigen Ausschüssen die Vorlagen betr. Aenderungen der Grundsätze für die Einrechnung der einzelnen Orte in die verschiedenen Servisklassen, die Verleihung von Korporationsrechten an die Neu-Guinea-Kompagnie und betr. die Festsetzung der Gebühren für die Beförderung von Geschäftspapieren im Inlandsverkehr. — Herbert Bismarck veröffentlicht in den „Berl. Neuest. Nachr." eine Erwiderung auf die Erklärung des früheren konservativen Abg. v. Heldorff in Betreff des Scheiterns des Sozialistengesetzes im Jahre 1890. Herbert erklärt, daß Herr v. Heldorff den ersten Reichskanzler bei seinen Unterredungen über das Sozialistengesetz „mißverstanden" habe. — Eine Reform der Eisenbahnpersonentarife ist, laut Versicherung Schweinburgs in den „Berl. Pol. Nachr." „in Vorbereitung befindlich." Ihr Ziel sei „nicht Ermäßigung, sondern Vereinfachung" der Tarife — also eine echt Miquelsche „Reform." — Die Petitionskommission des Reichstages hat eine Petition aus dem Löwenberger Kreise dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Der Regierungskommissar Geheimer Rath Wilhelmi erklärte, der Staatssekretär des Innern stehe der Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe grundsätzlich keineswegs ablehnend gegenüber, aber zunächst müßten die neu gebildeten Handwerkerkammern in dieser Frage gehört werden. — Der Infanterist Rokowsky, der den Fabrikanten Laemmert hinterrücks überfiel und durch Bayonettstiche derart verletzte, daß der Tod eintrat, wurde vom Kriegsgericht in Köln zu 4 Jahren Festung, sein Complice Keßler zu einem Jahre Festung verurtheilt. Laemmert hatte bekanntlich ein Mädchen beschützt, das von den Soldaten attaquirt worden war. — Nachdem sich erst kürzlich ein Soldat der 10. Kompagnie des Infanterieregiments in Worms vom Zuge überfahren ließ, hat sich Dienstag ein Soldat derselben Kompagnie mittels Revolver erschossen. — In Singen (Baden) stürzte auf einem Bauplatz durch Rutschung eine Mauer ein. Acht Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Fünf wurden getödtet und drei schwer verletzt. — Der Bischof von Königgrätz erließ Zirkulare gegen die Tanzlust der Geistlichen unter Androhung der Suspendirung vom Amte. — Das politische Attentat in Frankfort (Kentucky) hat zu energischen Maßregeln seitens der Union geführt. Die gesammte Staatslegislatur, in welcher der politische Meinungsstreit schließlich zum Mordanfalle aus dem Hinterhalt ausartete, ist aufgelöst worden. Die allgemeine Erregung hat dadurch natürlich keine Minderung erfahren und man muß mit lebhafter Spannung der weiteren Entwickelung der Angelegenheit entgegensehen. — Eine kleine Deutschenhetze haben sich englische „Patrioten" in Broken-Hill (Australien) geleistet. Am 25. Dezember, also zur Weihnachtsfeier, griffen etwa 150 chauvinistische Skandalmacher das deutsche Klubhaus an und mußten durch die Revolver der Polizei von dessen Zerstörung abgehalten werden. Die Lärmpatrioten sind eben überall gleich, brutal und unverträglich.

Oesterreich-Ungarn.

Vom Kohlengräberstreik. Das Einigungsamt im Ostrauer Streikgebiet ist gescheitert. Wie in Kladno, Brüx und Pilsen, forderten auch hier die Unternehmer die unbedingte Unterwerfung und Aufnahme der Arbeit als Vorbedingung jeder Verhandlung, worauf die Arbeiter natürlich nicht eingingen. Auch die politischen Behörden sind über diese starrsinnige Haltung der Unternehmer verstimmt. Die Situation in Nordböhmen hat sich gleichfalls verschärft, die Kohlennoth wird immer größer. Der Wiener Stadtrath beschloß, eine Petition an die Regierung um Verstaatlichung des Kohlenbergbaues zu richten.

Frankreich.

„Nieder mit Loubet!" hatte in Blois ein Offizier geschrieen. Der Kriegsminister leitete eine Untersuchung ein. Der Offizier gab das Delikt unumwunden zu und erhielt 14 Tage strengen Arrest. Es giebt Leute, die diese Strafe mäßig finden. Herr Loubet aber erklärte im letzten Ministerrathe, wo ihm die Sache vorgelegt wurde, diese Sühne der ihm angethanen Beleidigung für ausreichend und bestand darauf, daß die Angelegenheit, abgesehen von den 14 Tagen „Strengen", keine Folgen habe. Das war von Loubet sehr verständig gehandelt und könnte manchem Potentaten in Deutschland zur Nachahmung dienen.

England.

Die Adreßdebatte im Unterhause. Die Debatte über das von Lord Fitzmaurice eingebrachte Amendement zur Adresse wurde Mittwoch fortgesetzt. Stevenson unterstützte das Amendement Fitzmaurice's, gab aber der Regierung die Versicherung, daß er nicht zögern werde, derselben jede Unterstützung angedeihen zu lassen in ihrem Bestreben, den Kampf zu einem schnellen und befriedigenden Abschluß zu bringen. Milward trat dem Amendement entgegen. Buxton sprach für das Amendement; er sagte, die beiden bisher gehörten Reden der leitenden Minister genügten allein schon, ein Tadelsvotum zu rechtfertigen. Hicks Beach unterbrach den Redner; er sagte, Salisbury's Rede sei mißverstanden worden. Buxton sagte, die Opposition hege das volle Vertrauen, daß Roberts, Buller und die übrigen im Felde stehenden Generale den Krieg zu einem erfolgreichen Abschluß bringen wollen. Nach Buxton sprach sein Parteigenosse Buchanan zu Gunsten des Amendements. Hierauf führte Brookfield aus, das vom Kriegsamte befolgte System sei so veraltet, so schlecht, daß es für den Begabtesten unmöglich sei, irgend etwas damit anzufangen. „Aber obwohl ich diese entschiedene Ansicht bezüglich der Verwaltung des Kriegsamtes hege", fuhr Redner wörtlich fort, „kann ich den Wunsch der Opposition, die Regierung zu stürzen, nicht unterstützen." — Robert Reid (liberal) bemerkte sodann, die Regierung sei wegen ihrer Sorglosigkeit, wegen des Mangels an Urtheilskraft und Grabheit für eine der schwierigsten Lagen verantwortlich, deren sich England je gegenüber gesehen habe. Im letzten Sinne sei die Regierung verantwortlich für den Krieg. Der wahre Grund des Krieges sei ein Mißverständniß zwischen zwei Nationen, das durch die Schlechtigkeit und Thorheit weniger Männer genährt und durch Unrecht und in den Zeitungen verbreitete Lügen unterhalten worden sei. Es sei Sache des Hauses, die Untersuchung über den Einfall Jamesons wieder aufzunehmen und zum Abschluß zu führen. (Lauter Beifall der Opposition). Die früheren Verhandlungen des Untersuchungsausschusses seien ein Skandal gewesen. Auf dem Festlande und in Transvaal bestehe der Verdacht, daß der Einfall unter Mitwissenschaft Chamberlains erfolgt sei. Der Redner schloß mit den Worten: „Wir werden die Buren nie vernichten, außer zu einem fürchterlichen Preise für uns selbst. Wenn dies die Früchte des neuen Imperialismus sind, so muß man solchen Geist austilgen, sonst wird dieser Geist uns vernichten." Nach Reid nahm Unterstaatssekretär Brodrick das Wort. Er leitete seine Ausführungen

mit der Frage ein, ob es etwas „Unmoralischeres" gäbe, als wenn ein Mitglied des Parlaments eine Rede halte, aus der zu entnehmen sei, daß jeder Schritt, der zu diesem Kriege führte, unrecht war, und daß die gegenwärtigen Operationen unrecht seien, und dann für ein Amendement stimme, das erkläre, daß die Regierung in den Kriegsvorbereitungen lässig gewesen sei. Brodrik wandte sich sodann wider die Angriffe, die Reid gegen den parlamentarischen Untersuchungsausschuß erhoben hat und sagte, der Vorwurf der Verheimlichung sei oft erhoben und oft widerlegt worden. (Zwischenruf auf Seiten der Irländer: Man veröffentliche Hawkeleys Briefe!) Brodrik bemerkte zum Schluß, die Einbringung des Antrags bedeute eine direkte Ermuthigung und einen Trost für die Buren, die auf einen Beweis für das Vorhandensein eines Meinungszwiespalts warten, der zum Aufgeben des Krieges, oder wenn England erfolgreich sei, zur Erlangung von Bedingungen für die Buren führen könnte, welche zu bewilligen nicht die Absicht der Regierung sei. (Beifall.) Das Land werde die gesteigerten Schwierigkeiten schwerer empfinden, welche den englischen Soldaten durch die Handlungsweise derer auferlegt werden, die für den Antrag Fitzmaurices stimmen. (Beifall bei den Ministeriellen.) Hierauf wurde die Berathung vertagt.

Im Verlaufe der Debatte am Donnerstag bemerkte Brodrick, er sei nicht in der Lage, Mittheilungen bezüglich des deutsch-englischen Geheimvertrages zu machen. — Wyndham erklärte, Lord Wolseley habe in einer im November gehaltenen Rede die Richtigkeit der von der Nachrichtenabtheilung gelieferten Informationen über die Kriegsstärke der beiden Burenrepubliken nicht in Frage gestellt, sondern wollte nur ausdrücken, daß die von den Buren gezeigten militärischen Fähigkeiten höheren Ranges seien, als man annahm. (Beifall bei den Iren.) — Balfour äußerte, er könne wiederholt versichern, daß keine Absicht bestehe, eingeborene indische Truppen in Südafrika zu verwenden. — Evans fragte an, ob Chamberlain die Veröffentlichungen der „Independance Belge" kenne, ob die dort abgedruckten Telegramme richtig seien und wie Chamberlain sich dazu stelle. — Chamberlain entgegnete, er kenne zwei oder drei Briefe Fairfields, halte aber den Wortlaut nicht für zutreffend. Wegen der übrigen Briefe hätte ihm Hawksley, mitgetheilt, daß sie 1897 von einem entlassenen Schreiber gestohlen worden seien. Redner habe von diesen letzteren erst einige Tage vor der Veröffentlichung Kenntniß erhalten. Fairfields Briefe seien zweifellos nach Redners Instruktion geschrieben. — Meheil fragte an, welche Schritte angesichts des Umstandes beabsichtigt würden, daß ein Mitglied des Kabinets gewöhnlicher Unehrenhaftigkeit und der öffentlichen Untreue bezichtigt werde. — Balfour erwiderte, solche Anschuldigungen müßten mit Verachtung bestraft werden.

Bittere Wahrheiten. In sehr verständiger Weise hat sich der Abgeordnete Lloyd-George in einer Versammlung des Palmerston-Club in London am Sonnabend über den Imperialismus ausgesprochen. Das Land, sagt er, leidet augenblicklich an einer zu großen Dose Imperialismus. Die liberale Partei sollte dem Volke die gesunden Prinzipien eines Fox, Cobden, Bright und vor Allem eines Gladstone einimpfen. Die gegenwärtige Lage sei ohne Zweifel eine ernste, doch übertreibe man stark. Viel mehr hänge davon ab, wie das Reich von dem Krieg profitire als wie dieser selbst zu Ende gehe. England könne sich dazu Glück wünschen, daß der Imperialismus in einem Kriege mit kleinen Gemeinwesen und nicht mit einem großen Reiche auf die Probe gestellt worden sei. Die Engländer hätten Niederlagen erlitten, aber schlimmer sei die allgemeine Unpopularität Englands — eine Folge der Angriffslust und Raubsucht, welche charakteristisch für den neuen Imperialismus sind, sowie der Arroganz und Unverschämtheit der neuen Diplomatie. Die jetzigen Reden Chamberlains seien eine größere Gefahr für das Reich, als ein Dutzend Nicholson's Neks. Der neue Imperialismus erstrebe eine Vergrößerung des Reiches um jeden Preis, insbesondere um den Preis der gewöhnlichsten Grundsätze der Ehrlichkeit. Aehnliches wird Herr Chamberlain wohl noch öfter in der nächsten Zeit zu hören bekommen. Unsere deutschen Chauvinisten aber sollten sich England zur Warnung dienen lassen.

Sudan.

Meuterei im egyptischen Heere. Nach einer Meldung der „Daily Mail" aus Kairo hat folgendes Ereigniß die eilige Abreise des Sirdar Wingate nach Omdurman veranlaßt. Die eingeborenen Offiziere der egyptischen Armee im Sudan haben schon seit einiger Zeit Zeichen von Unwillen gezeigt. Nach den Niederlagen der Engländer in Südafrika ist ihre Sprache deutlicher und ihre Haltung drohend geworden. Briefe von Einwohnern von Omdurman schilderten mit einigem Schrecken die wachsende Feindseligkeit und die Regierung beschloß darauf, den Truppen die Munition zu entziehen, welche Maßregel von den Einwohnern als klug betrachtet wurde. Zwei sudanesische Bataillone in Omdurman weigerten sich aber, ihre Kugelpatronen abzugeben. Da die schwarzen Truppen loyal, aber leicht durch Fanatismus zu mißleiten sind, hält man es für unwahrscheinlich, daß sie die Insubordination begangen hätten, ohne dazu aufgestachelt zu sein. Man hofft, daß durch die Anwesenheit Wingates in Omdurman die Bewegung im Keime erstickt werde. Es soll eine Untersuchung eingeleitet werden, um die Rädelsführer zu entdecken.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze am Tugela ist dem Kriegsamt in London Donnerstag keinerlei Nachricht zugegangen, doch wird der „St. James Gazette" aus angeblich „guter Quelle" berichtet: „General Buller überschritt den Tugela an drei Stellen. Den ganzen Tag wurde gekämpft." Eine Depesche aus dem Hauptquartier der Buren vor Ladysmith meldet: In den Burenlagern herrscht völlige Ruhe. Der lange „Tom" feuert hin und wieder auf Ladysmith, wo noch immer die Zahl der Leute, die infolge Fiebers oder infolge anderer Ursachen sterben, außerordentlich groß sein muß. Nach einer Meldung aus Pretoria verließ General Joubert am Montag das Hauptquartier vor Ladysmith und begab sich nach dem oberen Tugela.

Eine neuere Zusammenstellung giebt den Gesammtverlust Buller's seit der Ueberschreitung des Tugela auf 301 Todte, 1584 Verwundete und 130 Gefangene an. Die Regierung bereitet jedoch darauf vor, daß diese Zahlen die ganze bittere Wahrheit noch keineswegs enthalten. Läßt sie doch telegraphische Berichte aus Pretoria passiren, wonach das Lancashire-Regiment — seinen ganzen Bestand verloren hat. Aus Pretoria wird telegraphirt: Kapitän Freeth und 200 Mann vom Lancashire-Regiment, welche auf dem Spionskop gefangen wurden, sind eingetroffen. Freeth sagt, die Schlacht vom Spionskop werde die schwerste Verlustliste des Krieges aufweisen. Die im Kampf befindlichen Leute vom Lancashire-Regiment zählten etwa 800, wovon etwa 300 gefallen, 300 verwundet sind und der Rest gefangen wurde.

Wie in Kappstadt verlautet, besetzte eine britische Streitmacht mit Artillerie Prieska am Oranjefluß, südwestlich von Kimberley, ohne daß sie Widerstand fand.

In der Schlacht bei Magersfontein auf dem westlichen Kriegsschauplatz am 11. Dezember haben nach dem Bericht zweier Augenzeugen im Burenblatt „Expreß" die Engländer mehr als 2500 Mann ihrer Garde und Kerntruppen verloren. Noch am Tage nach der Schlacht fand der Augenzeuge beim Reiten über das Schlachtfeld, obschon die Ambulanz der Engländer den ganzen Tag vorher thätig gewesen war, noch gegen 1500 Leichen. Auf einem einzigen Haufen zählte er 300. Die Buren verloren im Ganzen in der 15stündigen Schlacht nur 166 Mann, obwohl die Engländer sie mit Bomben und Kartätschen geradezu überschütteten. Die Buren hatten in der Schlacht etwa 1000 Mann in Schützengräben und Verschanzungen vorgeschoben. Gegen diese richtete sich der Ansturm der Engländer. Es ist, so schreibt der Augenzeuge, eine kaum zu glaubende Thatsache, daß die ganze Schlacht von diesen 1000 verschanzten Buren geschlagen wurde. Denn die auf den Höhen stehende Artillerie sowie die anderen Burentruppen waren so postirt, daß sie sich außerhalb des Gefechtes befanden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 2. Februar.

Der Vorstand der Seeberufsgenossenschaft versendet Zirkulare folgenden Inhalts an die Rhedereien: Wiederholt haben sich an Bord der Schiffe schwere Unfälle dadurch ereignet, daß Seeleute, oder sonstige mit dem Oeffnen und Schließen der Luken beschäftigte Personen mit den Lukendeckeln in die Schiffsräume gefallen sind. Wenn einerseits auch Unkenntniß und eigene Unvorsichtigkeit der Leute die Ursache solcher Unfälle gewesen ist, so sind andererseits auch solche Unglücksfälle in Folge mangelhafter Beschaffenheit der Lukendeckel und Sülle entstanden. Manchmal sind die Auflageflächen für die Lukendeckel an der Innenkante am Lukfüll und am Mittelscheerstock nicht breit genug oder die Auflageflächen am Mittelscheerstock und die Kanten der Lukendeckel sind in Folge längeren Gebrauchs abgerundet und abgestoßen und geben somit den Lukendeckeln nicht genügend Halt. Auch sind mitunter die Lukendeckel an und für sich etwas kurz, so daß dieselben bei Druck von oben oder Erschütterung aus der Lage fallen. Ferner ist auf See die Möglichkeit vorhanden, daß bei solch mangelhaft eingerichteten Luken die Lukendeckel durch Sturzseen leicht eingeschlagen werden können. Der Vorstand hat sich wiederholt mit dieser Sache beschäftigt und beschlossen, bei einer Revision der Unfallverhütungsvorschriften sowohl für Dampfer als auch für Segler die Aufnahme folgender Bestimmung zu beantragen: Lukendeckel müssen an den Lukfüllen und Längsbalken eine genügende Auflage haben und sind zu erneuern, sobald ihre Kanten soweit abgenutzt sind, daß ein Hinabfallen in den Raum zu befürchten ist. Indem der Vorstand dies zur Kenntniß bringt, empfiehlt er schon jetzt die Berücksichtigung dieser Bestimmung." Wir wollen einmal abwarten, ob dieser Anregung bei der Revision der Unfallverhütungsvorschriften stattgegeben und dann von den Rhedern Folge geleistet wird.

l **Die Lübecker Genossenschafts-Bäckerei** e. G. m. b. H. hielt Mittwoch Abend in der „Flora" ihre General-Versammlung für das Geschäftsjahr 1899 ab. Wie aus dem vorgelegten Geschäftsbericht zu ersehen ist, hat sich der Umsatz in dem verflossenen Jahr vergrößert; derselbe betrug 362 736,22 Mk. Der Reingewinn betrug 24 872,60 Mk., hiervon wurden auf Immobilien, Maschinen und Inventar ꝛc. 5, 10 und 30 pZt. im Betrage von 14 412 65 Mk. abgeschrieben. Die Versammlung beschloß, von dem zur Verfügung stehenden Reingewinn 20 pZt. Dividende in Brotmarken an die Genossen zu geben, den Rest dem Spezialfonds zu überweisen. Die Entlastung des Vorstandes wurde einstimmig angenommen. Die Anzahl der Niederlagen in der Stadt und den Vorstädten beträgt 175, ferner befindet sich je eine in Oldesloe und Eutin. In der zur Bäckerei gehörenden Dampf- und Windmühle, worin der größte Theil des für die Bäckerei nöthigen Mehles gemahlen wird, wurden 1899 5499 Sack Roggen und 6952 Sack Weizen vermahlen. Der bisherige Vorstand, die Genossen P. Pape und J. Böger wurden einstimmig wiedergewählt, gleichfalls die statutengemäß aus dem Aufsichtsrath ausscheidenden Genossen H. Westphal und H. Kleinfeldt.

lö. **Der Buchdrucker-Verein in Lübeck hat auch in** dem abgelaufenen Jahre eine rege Thätigkeit innerhalb seines Wirkungskreises entwickelt. Waren es zwar keine Lohnkämpfe, die er durchzukämpfen hatte, so lagen doch mancherlei Anlässe vor, die seine Mitglieder zu ernster Arbeit anregen mußten. Die mit den Prinzipalen abgeschlossene Tarifgemeinschaft, welche nach ihrem Entstehen im Jahre 1896 auch innerhalb der Buchdruckerkreise verschiedentlich abfällig kritisirt und sogar bekämpft wurde, hat sich im Großen und Ganzen bewährt und überall stabile Verhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe geschaffen. Auch die Lübecker Buchdrucker haben in den letzten Jahren Gelegenheit gehabt, ihre Vortheile schätzen zu lernen. Der Tarif wird, was Bezahlung und Arbeitszeit anbelangt, in allen Druckereien inne gehalten. Schriftlich anerkannt beim Tarifamt haben den Tarif noch immer nicht: Herr Heinrich Oldenburg, der Innungs-Vorsitzende (beschäftigt dauernd 1 Gehülfen, der über Tarif entlohnt wird) und die Amtsblattblatt-Druckerei Gebr. Borchers mit ca. 36 Gehülfen, von denen etwa die Hälfte über Tarif bezahlt wird, sowie die Eisenbahn-Zeitung. Hat nun allerdings dadurch, daß, wie gesagt, die Bezahlung und Arbeitszeit in diesen Geschäften eine tarifmäßige ist, die schriftliche Anerkennung beim Tarifamt nur einen formellen Werth, so ist dennoch das Ignoriren der Tarif-Organisation seitens dieser Druckereien für die organisirte Gehülfenschaft immer wieder ein Stein des Anstoßes, und sie wird immer wieder darauf dringen müssen, daß der Tarif gleich wie in den andern Druckereien auch von jenen Firmen schriftlich anerkannt wird. Dem Gewerkschaftskartell, das ja bekanntlich die organisirten Arbeiter zu gemeinsamer Thätigkeit verbinden soll, stand der Buchdrucker-Verein in den letzten Jahren neutral gegenüber, da für die Buchdrucker verletzende, innerhalb des Kartells gefallene Aeußerungen ihnen die Zugehörigkeit zu genanntem Institut verleidet hatten; trotzdem war stets ein Theil der Mitglieder für den Wiederanschluß an das Kartell. Da im verflossenen Jahre die Gründung eines Arbeitersekretariats geplant war und ebenfalls die Gewerbegerichtswahlen ein gemeinsames Handeln aller Arbeiter verlangten, so konnten und wollten auch die organisirten Buchdrucker nicht hinter der Allgemeinheit zurückstehen. Die Kriegsaxt wurde vergraben und der Buchdruckerverein schloß sich dem Gewerkschaftskartell wieder an. Für die Gründung des Arbeitersekretariats sprach sich der Verein mit großer Mehrheit aus, was beweist, daß seine Mitglieder den Werth einer solchen Einrichtung wohl zu schätzen wissen. Als Beisitzer zum Gewerbegericht ist Kollege Körner in Vorschlag gebracht und gewählt worden. Offiziell betheiligte im Berichtsjahre der Verein sich an der Maifeier und am Gewerkschaftsausflug. Die Geschäfte des Vereins wurden in zwölf Versammlungen abgewickelt, von denen zwei ordentliche General-Versammlungen waren. Der Versammlungsbesuch hat sich gegen das Vorjahr gehoben, wie überhaupt die durch die unserm Berufe günstige Geschäftslage geschaffene Vermehrung der Mitgliedschaft sich als fördernd für unser Vereinsleben erwiesen hat. Am Schlusse des Jahres 1898 waren am Ort 103 Mitglieder, neueingetreten sind im Laufe des Jahres 1899 16, wiedereingetreten 2, zugereist 56, in Summa 177. Davon sind abgereist 63, gestorben 1 und invalide 1, bleibt Bestand am Schlusse des Jahres 112, von denen 4 krank und 2 arbeitslos waren. Im Ganzen waren 1899 krank 49 Mitglieder 1560 Tage, dieselben erforderten einen Zuschuß von 2184 Mark aus der Verbandskasse und von 482,40 Mark aus örtlichen Mitteln. Arbeitslos waren 39 Mitglieder 881 Tage, dieselben erforderten eine Unterstützung von 615,50 Mark aus der Verbandskasse und 158 Mark aus örtlichen Kassen. Baar eingesandt an den Gaukassirer wurden 1800 Mark. Da das vergangene Jahr ein Jubiläumsjahr war (der Verein konnte auf eine 50jährige Thätigkeit zurückblicken), so bildeten die für eine würdige Feier nöthigen Veranstaltungen vielfach Berathungsgegenstände der Versammlungen des ersten Halbjahrs. Doch auch die Hauptversammlung unseres Gaues, (zu dem außer Lübeck beide Mecklenburg gehören) welche am Himmelfahrtstage in Rostock stattfand, und die General-Versammlung des Verbandes in Mainz, nahmen das Interesse der Mitglieder in hervorragendem Maße in Anspruch. Auf beiden General-Versammlungen war der Lübecker Verein vertreten. Wiederholt besprochen wurden auch die von der hiesigen Buchdrucker-Zwangsinnung geschaffenen Einrichtungen, als da sind: Arbeitsnachweis und Herberge, die sich beide ebensowenig nothwendig wie praktisch erwiesen haben. Da die Gehilfen-Vertreter in der Innung Verbandsmitglieder sind, so ist eine Gewähr gegeben, daß gehülfenschädlichen Beschlüssen ein Paroli geboten werden kann. Für Unterhaltung und Belehrung der Mitglieder wurde durch Vorträge, die in dankenswerther Weise die Herren Kasch und Friedrich hielten, sowie durch einen Recitationsabend, ausgeführt vom Schauspieler Walkotte, gesorgt. Daneben verfügt der Verein über eine reichhaltige, ca. 600 Bände umfassende Bibliothek, der seitens des Vereins im verflossenen Jahre 110 Mk. zugewandt sind. Für die um ihre Existenzverbesserung ringenden Arbeiter, sowie für die durch die Brutalität der Kapitalisten brodlos gewordenen Dänen hatte der Verein nicht nur ein warmes Herz, sondern auch ein offenes Portemonnaie. Einen wichtigen

Beschluß des letzten Jahres wollen wir noch erwähnen. Seit dem 1. Oktober erhält ein jedes Mitglied auf Kosten der Orts- und Gaukasse das Verbandsorgan gratis geliefert. Alles in Allem ist das 50. Vereinsjahr als ein nach verschiedenen Seiten hin befriedigendes anzusehen. Hoffentlich bringt das kommende ein weiteres Blühen und Gedeihen des Lübecker Buchdrucker-Vereins zum Nutzen Aller, seiner Angehörigen sowohl wie des Gewerbes!

Patent hat angemeldet Herr K. Osterloh für eine Abstreife-Einrichtung für Rührwerke vom 16. 2. 99, Gebrauchsmuster hat eintragen lassen Herr B. Dräger für einen durch Plombe gesicherten Weichmetall-Gurt um eine Einschnürung an den Druckgehäusen von Reduktoren für flüssige und verdichtete Gase, zur Aufnahme der für die amtliche Prüfung der Ventile erforderlichen Daten vom 27. 12. 99.

Die hiesige Handelskammer beabsichtigt angeblich, in Gemeinschaft mit den Handelskammern der anderen Hansestädte und Stettin, den Reichstag petitionsweise um Annahme der Flottenvorlage zu bitten. Hoffentlich ist sie dabei ehrlich genug, zu bekunden, daß das Gros der Bevölkerung entgegengesetzter Ansicht ist.

1. **Ein bedauerlicher Unfall** ereignete sich gestern Abend im Stadttheater während der Aufführung der Oper „Carmen." Herr Dumas welcher den Stierfechter Escamillo gab, hatte das Unglück, kurz nach seiner Auftrittsszene im zweiten Akt so unglücklich zu fallen, daß er sich den linken Arm brach. Nachdem ihm ärztlicherseits ein Verband angelegt war, sang er trotz heftiger Schmerzen seine Parthie zu Ende, um die Vorstellung, in welcher Frl. Krainz als Gast mitwirkte, zu retten.

Arbeiterrisiko. Am Kanalbrückenbau bei Genin ist gestern ein Arbeiter vom Gerüst gestürzt. Derselbe hat anscheinend erhebliche Verletzungen erlitten, da er sofort mittels Droschke in das Krankenhaus geschafft werden mußte.

Wieder Einer. Wegen Unterschlagung von ca. 127 Mark einkassirter, seinem Arbeitgeber Bäckermeister Claus gehöriger Gelder wurde ein Bäckerknecht zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

* **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Auf Wunsch wird Sonnabend Wildenbruchs Schauspiel „Die Quitzows" gegeben. Die Vorstellung findet zu kleinen Preisen statt. — Am Sonntag Nachmittag (Anfang 3½ Uhr) kommt Hermann Sudermanns Schauspiel „Heimath" zur Aufführung, und zwar ebenfalls zu kleinen Preisen.

Der Entwurf eines Geschäftssteuer-Gesetzes ist vom Senat an den Bürgerausschuß gelangt, welcher in seiner nächsten Sitzung darüber verhandeln wird. Wir werden auf den Entwurf, der soeben in unsere Hände gelangt, näher eingehen.

Ein Warmbadehaus in Travemünde dem Senatsantrag gemäß zu erbauen, hat der Bürgerausschuß mit 16 gegen 11 Stimmen der Bürgerschaft zu empfehlen beschlossen.

Vom Landgebiete. In Pöppendorf ist der Hufner H. Ch. Henk zum Mitgliede des Gemeindevorstandes gewählt worden.

Die Bureaukosten der Senatskanzlei sind in Folge unerwartet hoher Ausgaben derart gestiegen, daß 6000 Mk. nachbewilligt werden mußten.

Nachtrag zur Fischereiverordnung. Der Senat hat das Mindestmaß für den Fang von Aal auf 30 cm herabgesetzt.

Für todt erklärt werden soll der am 31. März 1840 hier geborene, seit 1881, wo er in Brinkley (Arkansas) wohnte, verschollene Kaufmann Heinrich Wilhelm Jakob Nesselträger.

Die Ein- und Ausgangsgebühr für ungewaschene, im Wollmagazin lagernde Wolle soll um die Hälfte ermäßigt, somit die Eingangsgebühr auf 0,40 Mark, die Ausgangsgebühr auf 0,20 Mark pro Centner festgesetzt werden. Die Maßnahme erfolgt aus Konkurrenzgründen, da namentlich auch Güstrow ähnlich vorgegangen ist.

Schlutup. Eine sechste Klasse wird zu Ostern die hiesige Bezirksschule erhalten. Zur Beschaffung der Einrichtungsgegenstände sind 650 Mk. zur Verfügung gestellt worden.

Kiel. Lohnbewegung im Baugewerbe. Bisher haben die Maurer- und Zimmergesellen und Meister sich über den neuen, an Stelle des abgelaufenen tretenden Lohntarif, der einen Minimalstundenlohn von 52 Pf. festlegte, nicht einigen können. Es ist überhaupt der neuen Lohnforderung der Gesellen auf 57 Pf. pro Stunde bis jetzt ein merkwürdiges Schicksal widerfahren. Wider alles Erwarten erboten sich nämlich die Meister, die geforderten 57 Pf. zu bewilligen, wenn die Gesellen bereit wären, auf 5 Jahre den Vertrag einzugehen. Auf solch lange Zeit jedoch sich zu binden, erschien den Gesellen nicht rathsam, doch erklärten sie sich bereit, den Tarif für zwei Jahre als gültig zu erachten. Dieses jedoch lehnten die betheiligten Innungen ab, wollten jedoch für zwei Jahre 55 Pf. Stundenlohn bewilligen. Die Gesellen sagten sich jedoch mit Recht, wenn die Meister auf fünf Jahre 57 Pfg. pro Stunde bewilligen könnten, sei ihnen dieses auch für zwei Jahre möglich. Nach beiderseitigem Entgegenkommen einigten sich dann die beiderseitigen Ausschüsse, ihren Versammlungen eine dreijährige Gültigkeit des Tarifs und 57 Pfg. Stundenlohn vorzuschlagen. Am Dienstag Abend nun lehnte jedoch zunächst die Innungsversammlung diesen Antrag ihres Ausschusses ab und in einer äußerst gut besuchten öffentlichen Zimmerer- und Maurerversammlung haben die Gesellen das Gleiche gethan. So haben also die monatelangen Verhandlungen zwischen Meistern und Gesellen zu nichts geführt. Welche Folgen diese Wendung haben wird, läßt sich noch nicht absehen.

Bremen. Einen Hafeninspektor anzustellen, hat die Bürgerschaft in ihrer Sitzung am Mittwoch beschlossen. Weiter wurden folgende vom Genossen Ebert gestellten Anträge angenommen: „Die Inspektion auf sämmtliche dem Lösch- und Ladeverkehr dienenden Stromflächen der städtischen Weser, einschließlich der kleinen Weser, auszudehnen" und „der Hafeninspektor soll dem Jahresbericht über seine Thätigkeit einen Bericht über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der im Hafenbetrieb beschäftigten Arbeiter anfügen."

Bremerhaven. Unfall. Das Zollboot aus Brake kenterte auf einer Dienstfahrt auf der Unterweser. Zwei Zollbeamte, Mueller und Schulenberg, ertranken.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:

Von He. . . . . Mk. 1,—

Friedr. Meyer u. Co.

Viehzählung-Wochenmarkt.

Hamburg, 1. Februar

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 1020 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 46—47 Mk., leichte 45—46 Mk., Sauen 38—42 Mk. und Ferkel 42—45 Mk. pr 100 Pfd.

Socialdemokratischer Verein von Schwartau, Rensefeld und Umgebung.

Am Mittwoch den 31. Januar starb plötzlich und unerwartet unser langjähriges Mitglied

J. Düssler

im 40. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung Sonnabend 3 Uhr vom Sterbehause aus.

Der Vorstand.

Ein heizbares Logis für junge Leute zu vermiethen Ernestinenstraße 15 a.

Freundliches Logis Engelswisch 26.

Zu kaufen gesucht **ein kleines Haus**, am liebsten vor dem Hüxterthor. Offerten mit Preisangabe u. **A D 00** an die Exped. d. Bl.

Ein kleines Haus mit Stallung u. Einfahrt zu kaufen gesucht. Off. u. **B E 10** an die Exped. d. Bl.

Sonntag den 4. Februar steht beim Gastwirth Willy Nau, „Zum neuen Krug" in **Neu-Techau** bei Pansdorf eine **große Parthie Ferkel zum Verkauf.**

Pensionat und Privat-Mittagstisch

C. Kröter Wwe. Nachfl.

Heinrich Bartram

Mengstraße 42.

Sämmtliche

Colonial- und Fettwaaren, Spirituosen, Tabak, Cigarren

empfiehlt in bester Qualität und billigst

Rud. Kracht, Ratzeb. Allee 43.

Gute Cigarren, 100 Stück 2,90 Mk. Johannisstr. 17—19.

Durch Zufall

konnte wieder

eine große Parthie scharf geräucherten hiesigen magern Speck

— Pfund 55 Pfg. —

Seiten von 5—8 Pfund 50 Pfg.

Joh. Nagel

Engelsgrube 51.

Gesucht Schirrmeister und Schiffsbauer

für Fluß- und Klein-Seedampfer.

Guter Accord und guter Stundenlohn. 3 Tage Reise von Lübeck. Freie Reise.

Société Anonyme, Wiborg (Finnland).

Achtung Schmiede!

Versammlung

am Sonnabend den 3. Februar 1900

präcise Abends 8½ Uhr

bei Spahrmann, Hundestraße 101.

Der wichtigen Tagesordnung halber muß jeder Kollege erscheinen.

Der Vorstand.

Prima Ochsenfleisch	Pfd.	60 Pf.
„ **Schweinefleisch**	„	55 „
Carbonade	„	70 „
Prima gek. Mettwurst	„	70 „
Leberwurst	„	70 „
Braunschweiger	„	60 „
Preßkopf	„	60 „

Täglich frische Brod- u. Grützwurst.

Jeden Sonnabend:

Warme Knackwurst.

W. Frank

Große Burgstraße 11.

Dicke Flohmen

von hies. Landschweinen	Pfd.	60 Pf.
Ia. Flohmenschmalz	„	80 „
ff. Speiseschmalz	„	70 „
Spießbratenschmalz	„	70 „
Bratenschmalz (Wurstfett)	„	50 „

— nur selbstausgebratene Waare —

empfiehlt

Wilh. Schmidt, Mengstraße 2.

Wiederverkäufern billiger.

Pa. Rindfleisch	Pfd.	50 Pfg.
„ **Schweinefleisch**	„	55 „
„ **gek. u. Leberwurst**	„	70 „
„ **Kopffleisch**	„	30 „

jeden Sonnabend: **Warme Knackwurst**

empfiehlt

W. Buss, Engelswisch 24.

Sonnabend Morgen:

Frische Bratwurst, frische Grützwurst

empfiehlt

W. Lemcke, An der Mauer.

Ausverkauf

zurückgesetzter Waaren zu enorm billigen Preisen.

Knaben-Unterhosen	von Mk.	0.20	an
Herren-Unterhosen	„ „	0.50	„
Damen-Parchend-Beinkleider	„ „	0.50	„
Mädchen- „	„ „	0.20	„
Kinder-Hemden	„ „	0.25	„
Herren u. Knaben-Jackets	„ „	0.60	„
„ **-Hosen**	„ „	0.90	„
Schlachterkittel	„ „	1.30	„
Gestreifte Kajen	„ „	0.80	„
Blaue „	„ „	1.15	„
Regenröcke	„ „	4.00	„
Schürzen	„ „	0.20	„
Hendel	„ „	0.10	„
Säcke, sonst Mk. 1.50, jetzt	„ „	0.60	„

Ein großer Posten Reste, wie: **Handtuchdrelle, Leinen, Hemdentuche, Piquees, Parchend** ꝛc. zu ganz außerordentlich billigen Preisen:

Carl Herm. Mich. Stave

Weiter Krambuden 4, zwischen Markt und Marienkirche.

Arbeits-Garderoben u. Schuhwaaren aller Art

dauerhaft und billig

empfiehlt

Rud. Kracht, Ratzeb. Allee 40.

Kartoffeln.

Gelbe zu 5.50, 6 und 7 Mk., pr. **magnum bonum** 5 Mk., bei 200 Pfund frei Haus.

Karl Voss, Alfstraße 18.

Haushahn's Concert-Haus.

Sonntag den 4. Februar:

Tanzkränzchen.

Karl Willenbrock's Möbel-Magazin

Marlesgrube 9

empfiehlt gut gearbeitete

Möbel, Spiegel- und Polster-Waaren

zu soliden Preisen.

Deutscher Metallarbeiterverband

(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend den 3. Februar

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die stattgefundene combinirte Vorstandssitzung.
2. Anträge der Vertrauensmänner.
3. Besprechung eines Wintervergnügens.
4. Fragekasten und Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch ersucht

Die Ortsverwaltung.

General-Versammlung

der

Männer- und Frauen-Sterbekasse „Amicitia"

am Sonnabend den 3. Februar

Abends 8½ Uhr

im Lokale des Herrn Schneider, Johannisstr. 25.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom Jahre 1899. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Circus Variété

Täglich das

Riesen-Sensations-Programm.

25 Künstler allerersten Ranges.

Im Reiche des Humors.

Tollheiten über Tollheiten.

Orkanartige Lachsalven.

Anfang des Concerts 7½ Uhr.

Sonntag **2 humoristische Vorstell.**

Stadt-Theater.

Sonnabend. Kleine Preise.

Heimath.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.

Verlager: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 28. Sonnabend, den 3. Februar 1900. 7. Jahrgang.

Bedrohung und Entlassung wegen Gebrauchs des Koalitionsrechts.

Ist ein Arbeitgeber befugt, Arbeiter zu entlassen aus keinem anderen Grunde, als weil sie vom Koalitionsrecht Gebrauch gemacht haben? — Unseres Wissens ist diese Frage juristisch noch nicht gründlich untersucht und geklärt worden.

Wir entrüsten uns über die Sklavenhaltergesinnung und Herrenmoral (d. h. Unmoral) des betreffenden Unternehmers, nehmen aber stillschweigend an, daß gesetzlich nichts dagegen zu machen ist.

Aber weshalb nicht? Blos deshalb nicht, weil man dem Arbeitgeber nicht nachweisen kann, daß die Entlassung deswegen erfolgt ist und er allerlei andere Gründe vorschützen kann? Oder aber steht ihm gesetzlich thatsächlich das Recht zu, sozusagen disziplinarisch den Arbeitern zu verbieten, von einem ihnen zustehenden Recht Gebrauch zu machen, und die Uebertretung des Verbots mit Entlassung zu bestrafen?

Das Letztere wird wohl auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuches entschieden verneint werden müssen. § 138 Absatz 1 bestimmt: Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig." Eine Definition dessen, was „gute Sitten" sind, giebt nun freilich das Gesetz nicht. Für unsere Frage ist aber entscheidend, daß in der Kommission zur Vorberathung des Bürgerlichen Gesetzbuches seitens der Mitglieder der Kommission wie auch der Regierungsvertreter ausdrücklich anerkannt wurde, daß Verträge, welche die Koalitionsfreiheit beschränken, „zweifellos" gegen die guten Sitten verstoßen. Läßt also das Gesetz nicht einmal zu, daß Arbeiter sich vertragsweise verpflichten, auf den Gebrauch des Koalitionsrechts zu verzichten, so liegt es auf der Hand, daß der Arbeitgeber noch viel weniger befugt sein kann, ohne vertragsmäßige Vereinbarung diesen Verzicht zu fordern und eventuell den Gebrauch mit Entlassung zu beantworten.

Das Strafgesetz aber enthält keinen Paragraphen, der solche Entlassungen mit Strafe belegt, und da, wie bemerkt, der Arbeitgeber irgend einen anderen Grund der Entlassung vorschützen kann, so läßt sich hiergeben wohl schwerlich kriminell etwas ausrichten.

Wohl aber ließe sich mit einem entsprechenden Strafparagraphen der Bedrohung mit Entlassung wegen Gebrauchs des Koalitionsrechts ein Riegel vorschieben. Und noch viel sicherer ließen sich diesbezügliche Verabredungen von Unternehmern kriminalistisch fassen. Einen solchen Strafparagraphen hat ja unsere Fraktion Ende vorigen Jahres unter Anderem beantragt: er hat aber bei der bürgerlichen Linken so wenig Sympathie gefunden wie bei der junkerlichen Rechten.

Indessen hat ein vereinzelter bürgerlicher Sozialpolitiker, der Frankfurter Dr. Flesch, kurz nach Ablehnung unseres Fraktionsantrages zum Koalitionsrecht, in der „Deutschen Juristenzeitung" die Frage erörtert, „ob der Thatbestand, daß Arbeiter willkürlich, d. h. ohne einen mit dem Wesen des Arbeitsvertrages zusammenhängenden Grund, entlassen werden können, der rechtlichen Erfassung unzugänglich sei?" Daß dies der Fall sein möge, hält er für wünschenswerth und sowohl im Arbeiter- wie im öffentlichen Interesse gelegen. Die Klassengesetzgeber werden sich aber wohl hüten, sich darauf einzulassen; sie wollen ja „Herr im Hause" bleiben, die volksparteilichen so gut wie die nationalliberalen und konservativen.

Anders dürfte die Sache bei Arbeitern und Angestellten in Staatsbetrieben liegen, und damit kommen wir auf den aktuellen Anlaß zu gegenwärtigen Ausführungen, der kürzlich erfolgten Verfügung der preußischen Eisenbahnverwaltung, die den Eisenbahnbediensteten den Beitritt zum Verband der Eisenbahner Deutschlands untersagt und mit unnachsichtlicher Entlassung bedroht. In Sachsen ist schon voriges Jahr dem Koalitionsrecht ein solcher Schlag in's Gesicht versetzt worden.

Ohne Zweifel halten sich die betreffenden Behörden zu solchem Vorgehen rechtlich befugt, denn man kann doch nicht wohl annehmen, daß sie bewußt gegen Recht und Gesetz rebelliren und darauf pfeifen. Sie gehen wohl von der Annahme aus, daß, was dem Privatarbeitgeber zusteht, auch dem Staat als Arbeitgeber zusteht. Nach unseren obigen Darlegungen aber ist diese Annahme vollständig hinfällig.

Schon der Umstand, daß das Bürgerliche Gesetzbuch eine solche Vertragsbestimmung als Verstoß gegen die guten Sitten annullirt, schließt die Berechtigung zu dieser Verfügung aus. Hat der Staat gegen private Unternehmer, die sich mit der guten Sitte in Widerspruch setzen, keine criminelle Handhabe, so folgt daraus nicht, daß er selber, resp. seine Organe, die Behörden, sich über die gute Sitte hinwegsetzen dürfen. Im Gegentheil folgt aus der Nichtigkeitserklärung einer solchen Vertragsbestimmung, daß er selber sich jeden Eingriffs in das Koalitionsrecht seiner Arbeiter und Angestellten enthalten muß.

Es kommt dazu, daß ein Verstoß gegen die guten Sitten bei Beamten allenthalben disziplinarisch bestraft wird, strenger oder milder, je nachdem. Beamte, welche Arbeiter und Angestellte wegen Gebrauchs des Koalitionsrechtes mit Entlassung bedrohen und event. wirklich entlassen, wären daher strengstens zu rügen und im Beharrungsfall unnachsichtlich zu entlassen.

Aber noch ein Weiteres kommt hinzu, was die Parallele mit Privatarbeitgebern hinfällig macht. Gegen die Letzteren giebt es, wie gesagt, keine criminelle Handhabe, wohl aber gegen Beamte. Der § 339 des deutschen Reichsstrafgesetzbuches lautet: „Ein Beamter, welcher durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt oder durch Androhung eines bestimmten Mißbrauchs derselben Jemand zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung widerrechtlich nöthigt, wird mit Gefängniß bestraft, der Versuch ist strafbar." Nun wird wohl kein Mensch von gesunder Vernunft bestreiten, daß der Erlaß einer solchen Verfügung den Thatbestand dieses Paragraphen erfüllt, daß sie einen flagranten Mißbrauch der Amtsgewalt, eine widerrechtliche Nöthigung schlimmster Art darstellt.

Somit ist gegen die betreffenden sächsischen und preußischen Beamten nicht allein ein disziplinarisches, sondern auch ein criminelles Vorgehen angezeigt. Sowohl der betreffende Ressortminister wie der Staatsanwalt haben unseres Erachtens die amtliche Pflicht, gegen die Urheber solcher Verfügungen unnachsichtlich einzuschreiten. („Hamb. Echo".)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Ein neuer Tarif zwischen der Berliner Maler-Innung und dem Gehilfenausschuß ist soeben abgeschlossen worden, er ist am 1. Februar in Kraft getreten. — Die Direktionen der Militärwerkstätten in Spandau sind zur Zeit mit der Durchführung eines von der Feldzeugmeisterei ausgearbeiteten neuen Lohntarifs beschäftigt; danach sind die Arbeiter in mehrere Klassen getheilt. Die gelernten Arbeiter (Handwerker der verschiedensten Berufe) haben als höchsten Tagesverdienst 6 Mark; in einigen Betrieben ist früher der durch Akkordarbeiten verdiente Lohn oftmals höher gewesen, weshalb die betreffenden Arbeiter mit der neuen Anordnung nicht zufrieden sind. Die niederen Lohnklassen bringen den darunter gestellten Arbeitern dagegen vielfach Erhöhungen ihres bisherigen Einkommens. Der hauptsächlichste Zweck des neuen Lohnreglements ist, für die sämmtlichen Spandauer Militärwerkstätten, in denen die Lohnverhältnisse allenthalben sehr verschieden waren, volle Einheitlichkeit darin einzuführen. — Die Lithographen, Steindrucker, Buchdrucker und Buchbinder der Firma Tilly u. Thiele in Elberfeld reichten wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen die Kündigung ein. — Der Streik der Glasmacher und Glasschleifer bei der Firma Krinke u. Jörn, Glasraffinerie, Penzig, dauert unverändert weiter. — Von den Lemberger Setzern berichtet der „Ruch Katolicki", daß die dortigen Setzer seit acht Tagen ihre Stellung gekündigt haben, um in einen Streik einzutreten. Nachdem es bis jetzt zu keiner friedlichen Verständigung gekommen ist, können die Unternehmer einer großen Arbeitseinstellung gewärtig sein, die sich auf die Druckereien der Lemberger Tagespresse erstrecken soll. Durch die Beseitigung des Zeitungsstempels finden sich die Setzer veranlaßt, eine Verbesserung ihrer Lage anzustreben.

Bei der Wahl des Gesellenausschusses der Handwerkskammer haben im Stadt- und Landkreis Breslau die Kandidaten der organisirten Arbeiter, Holzarbeiter Kitzler und Töpfer Aust, gesiegt!

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Krakau (Galizien) haben die Sozialdemokraten in allen Gruppen glänzend gesiegt.

Ultramontane Sozialpolitik. Allem Anscheine nach wollen die ultramontanen Preßunternehmungen, die sich so stark für die Organisirung der Bergleute ꝛc. ins Zeug legen, die Mitglieder des Buchdrucker-Verbandes aus ihren Druckereien hinausmaßregeln. Die „Köln. Volkszeitung" sucht für eine große Druckerei im Ausland (Einsiedeln in der Schweiz) Nichtverbandsmitglieder und auch die Druckerei der „Westfälischen Volkszeitung" in Bochum kündigte am 27. Januar vier Verbandsmitgliedern und stellte sofort Nichtverbandsmitglieder ein. Daraufhin kündigten die anderen Verbandsmitglieder; drei wurden auch sofort entlassen.

Das Arbeitersekretariat in Nürnberg erstattete Sonntag seinen Jahresbericht für das Jahr 1899, zunächst in mündlichen Ausführungen, denen der eingehendere gedruckte Bericht in einigen Wochen nachfolgen wird. Die Einnahmen beliefen sich auf 13 946 Mk., die Ausgaben auf 13 324 Mk. Das Bureau wurde von 14 527 Personen besucht (gegen 1898 mehr 589); der erste Sekretär (Abgeordneter Segitz) erachtet den Beharrungszustand nunmehr für erreicht. Bezüglich der Auskunftsertheilung stehen die Unfallsachen obenan.

Gemeindewahlen. In Brietigheim (Baden) wurden bei der Wahl des Bürgerausschusses von 14 zu wählenden Vertretern der dritten Klasse 12 Sozialdemokraten gewählt.

Schwedische Partei-Organisation. Als Vorsitzender des Landessekretariats der schwedischen Sozialdemokratie ist an die Stelle des verstorbenen Sterky der Vorsitzende des Holzarbeiter-Verbandes, H. Lindkriet, gewählt worden.

Sozialdemokratische Schulvorstände. Bei der Schulvorstandswahl in Limmer bei Hannover wurden zwei Sozialdemokraten gewählt. Sie erhielten jetzt folgendes Schriftstück:

Limmer, den 27. Januar 1900.

Herrn . . . . . hier

Vom königl. Landrathsamt bin ich durch Verfügung vom 24. d. M. — Journ.-Nr. 895 — beauftragt, Ihnen zu eröffnen, daß Sie mit Rücksicht auf den Erlaß des Herrn Kultusministers vom 29. August als Mitglied des Schulvorstands nicht eingeführt und verpflichtet werden können.

Der Vorsitzende des Schulvorstandes.
Eppers, Rektor.

Eine neue Judith.

Roman von H. Rider-Haggard.
Autorisirte Uebersetzung a. d. Englischen von Natalie Rümelin.

(25. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Danach wurde die Verwirrung immer größer; das Kriegsgesetz wurde proklamirt und die weitgebaute, nicht zu vertheidigende Stadt verlassen; den Einwohnern wurde befohlen, auf der Höhe über der Stadt, im Schutze des Forts ein Lager aufzuschlagen. Jung und Alt, Kranke und Gesunde, Frauen und Kinder drängten sich dort im Freien zusammen und hatten zum Schutz gegen Sommersonne und Regenschauer nichts als Leinwandzelte, Wagen und Hütten. Jeß mußte mit ihrer Freundin und deren Mutter und Schwester einen Wagen theilen und fand nur schwer eine Lagerstätte. Bei all dem Lärm im Lager war auch an Schlafen gar nicht zu denken.

Gegen drei Uhr Nachmittags, am Tag nach der ersten, schrecklichen Nacht im Lager, als die letzte Post nach Pretoria kam, erhielt Jeß Bessies Brief, in dem sie ihr ihre Verlobung mit John mittheilte. Sie nahm den Brief und ging eine Strecke vom Lager fort, nach der Seite des Signalhügels hin, wo sie vor Störung ziemlich sicher war. Ehe sie die erste Seite ganz gelesen hatte, wußte sie schon, was nachkam, und biß die Zähne fest übereinander. Dann las sie den ganzen langen Brief von Anfang bis zu Ende, ohne auch nur zu zucken, obgleich jedes Liebeswort darin wie Feuer in ihrem Herzen brannte. Also endlich war es gekommen! Sie hatte ja längst darauf gewartet, sie hatte es selbst herbeizuführen gesucht — warum in aller Welt fühlte sie sich nun enttäuscht? Im Gegentheil, sie hätte sich freuen sollen über ihrer Schwester Glück, und einen Augenblick that sie es auch. Es beglückte sie, Bessie, die sie so zärtlich liebte, glücklich zu wissen.

Und doch empfand sie gegen John jene Art Groll, die wir gegen Jemand hegen, der uns unwissentlich gekränkt hat. Warum lag es in seiner Macht, sie so tief zu verwunden? Noch immer hoffte sie, er werde mit Bessie glücklich werden, aber sie hoffte auch, daß diese schändlichen Buren Pretoria nehmen und sie selbst erschießen oder sonstwie aus dem Weg räumen möchten. Sie hatte nicht mehr den Muth, weiter zu leben; aller Sonnenschein war an ihrem Horizont verschwunden. Was sollte sie mit sich anfangen? Irgend wen heirathen und sich damit beschäftigen, eine Schaar Kinder groß zu ziehen? Das würde eine physische Unmöglichkeit für sie sein. Nein, sie wollte nach Europa gehen und sich in den großen Strom des Lebens stürzen, sich durchkämpfen und suchen, sich unter den Menschen ihrer Tage einen Platz zu erringen. Die Fähigkeiten dazu hatte sie, dessen war sie sich bewußt; und nun, da sie außerhalb des Bereiches der Leidenschaft stand, hatte sie mehr Aussicht auf Erfolg, denn der Erfolg gehört den Gleichgültigen, den Ruhigen, denn sie sind auch die Starken. Sie wollte nach der Verheirathung Bessies und Johns nicht auf der Farm bleiben, darüber war sie sich ganz klar; sie wollte selbst, wenn sie es irgend vermeiden konnte, vor der Hochzeit nicht dorthin zurückkehren. Sie wollte ihn nie mehr sehen, nie mehr! Ach, daß sie ihn nie gesehen hätte!

Durch diesen Entschluß etwas ruhiger geworden, erhob sie sich, um in das lärmende Lager zurückzukehren, dehnte aber ihren Spaziergang noch durch einen Umweg über die Heidelbergerstraße aus, denn sie wollte gern so lange wie möglich allein sein. Sie mochte etwa zehn Minuten gegangen sein, als sie einen Wagen erblickte, der ihr bekannt vorkam und der mit drei Pferden vorn und einem hinten bespannt war, die sie auch zu kennen glaubte. Viele Leute umringten lebhaft sprechend den Wagen. Sie blieb stehen, um den kleinen Zug an sich vorbeigehen zu lassen, als sie plötzlich John Niel inmitten der Männer und den Zulu Mouti auf dem Bock des Wagens entdeckte.

Hier war der Mann, den sie soeben gelobt hatte, nie wiedersehen zu wollen; sein Anblick raubte ihr alle Kraft, sodaß sie beinahe zusammengebrochen wäre. Seine plötzliche Erscheinung war ein fast gefährlicher Beweis ihrer Ohnmacht dem Schicksal gegenüber, und sie fühlte in diesem Augenblick, daß sie sich nicht selbst zu helfen vermochte, daß sie nur ein Werkzeug war in der Hand einer höheren Macht, deren Willen sie durch die Wirkung ihrer Leidenschaft vollführte, und für die ihr persönliches Geschick nur von ganz untergeordneter Bedeutung war. Es war eine gefährliche Lehre, der es an Beweiskraft fehlte, aber die Umstände verliehen ihr einen Schein von Berechtigung. Und in Wahrheit ist die Grenzlinie zwischen Schicksal und freiem Willen nie genau festgestellt worden, nicht einmal vom Apostel Paulus, und so hatte sie vielleicht auch recht. Die Menschheit gesteht es nicht gern zu, aber es ist immerhin eine Frage, ob wir unsern kleinen Willen der Macht des allgemeinen Gesetzes entgegenstellen können. Jeß war ein kluges Mädchen, aber es hätte einen weiseren Kopf als den ihrigen erfordert, um zu wissen, wann und wo diese rothe Linie durch das Buch unsres Lebens zu ziehen sei.

Der Wagen und der Menschenknäuel kamen näher, plötzlich blickte John auf und sah, daß Jeß ihn mit jenen großen Augen betrachtete, die zeitweise wirklich der Spiegel ihrer Seele zu sein schienen. Er wandte sich um, sagte etwas zu seinen Begleitern und zu Mouti, der mit dem Wagen weiterfuhr, und kam dann lächelnd mit ausgestreckter Hand auf sie zu.

„Wie geht es Ihnen, Jeß?" sagte er. „So habe ich Sie doch wohl und gesund gefunden?"

Sie ergriff seine Hand und entgegnete beinahe zornig: „Warum sind Sie gekommen? Warum haben Sie Bessie und meinen Onkel verlassen?"

„Ich kam, weil man mich geschickt hat, und auch, weil ich selbst zu kommen wünschte. Ich wollte Sie zurückholen, ehe Pretoria belagert würde."

„Sie müssen wahnsinnig gewesen sein! Wie konnten Sie

Um die ganze Komik dieses Kampfes gegen die sozialdemokratischen Schulvorstände zu kennzeichnen, sei darauf hingewiesen, daß die beiden Gemaßregelten schon seit Jahren, und zwar der eine sechs Jahre und der andere siebenzehn Jahre diesem Schulkollegium angehört haben, daß das Kollegium seit Jahren eine sozialdemokratische Majorität hat und daß seiner Thätigkeit eine ganze Reihe Reformen im dortigen Schulwesen, darunter auch die anständige Besoldung der Lehrer zu danken sind. Offenaar wünscht die Regierung solche nützlichen Reformen nicht, und schließt deshalb die beiden schuldigen Männer aus.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Der Fall, daß Briefkasten der Reichspost bestohlen worden sind, hat sich in Königsberg (Neumark) ereignet. Junge Burschen hatten Abends aus mehreren Kasten die Briefe mittelst Schlingen herausgeholt, um sich die Marken anzueignen. Der Diebstahl wurde schon längere Zeit betrieben und das Abhandenkommen der Briefe hat vielen Einwohnern Ungelegenheiten bereitet. Zwei Burschen sind als Thäter ermittelt. — Der in Brieg am Dienstag hingerichtete Zimmermann Karkus hat vor seiner Hinrichtung dem Geistlichen noch das Geständniß abgelegt, daß er vor vier Jahren auch den Knecht Riest aus Hennersdorf beraubt und ermordet habe. Diese That erregte damals großes Aufsehen. Viele Unschuldige wurden s. Zt. festgenommen und lange in Haft behalten. — Am 25. November v. J. saßen in einem Restaurationslokal in Brieg mehrere junge Leute zusammen, die sich durch allerlei Scherze die Zeit zu vertreiben suchten. Hierbei erbot sich unter Anderem der 20jährige Arbeiter Distler, einen ganzen Hering auf einmal zu verschlucken. Der Arbeiter Zick fand die Idee originell und bestellte einen Hering, für welchen er 10 Pfennig bezahlte. Zur Bezahlung steuerte auch der Arbeiter Weirauch 5 Pfennig bei. Distler, dem der Hering beim Verschlucken im Halse stecken blieb, fand aber durch Ersticken seinen Tod. In diesen Tagen hatten sich die Arbeiter Zick und Weirauch wegen fahrlässiger Tödtung vor der Strafkammer zu verantworten. Zick, der zugab, den Hering bestellt zu haben, „ohne aber für nichts aufzukommen", wurde, wie die „Schles. Ztg." berichtet, der fahrlässigen Tödtung für schuldig befunden und zu einer Woche Gefängniß verurtheilt, der andere Angeklagte wurde freigesprochen. — Ein gewaltiger Schneefall brachte in Breslau den größten Theil der Telephondrähte zum Zerreißen. Der Fernsprechverkehr ist auf 14 Tage gestört. — Der Gemeindevorsteher Stephan in Gaablau (Schlesien) ist der „Bresl. Ztg." zufolge wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung verhaftet und in das Gerichtsgefängniß in Hirschberg abgeführt worden. Vor seiner Festnahme hat Stephan noch einen Mordversuch begangen. Als sich der Amtsvorsteher Scholz aus Rothenbach, der mit der Verhaftung des Stephan beauftragt worden war, dessen Wohnung betrat, traf er nur dessen Frau an. Beim Zurückschlagen eines dem Amtsvorsteher Scholz verdächtig vorkommenden Bettes brachte ein Schuß, den Stephan aus seinem Verstecke abgegeben hatte. Scholz ist glücklicher Weise nicht verletzt worden. Mit Hilfe des bald hinzueilenden Wachtmeisters Speer aus Rothenbach wurde der sich heftig Sträubende überwältigt. Bei dem Handgemenge entlud sich der Revolver, ohne jedoch weiteren Schaden anzurichten. Auf dem Transport ins Gefängniß machte Stephan noch einen Fluchtversuch. — Zu der angeblichen Einweihung des Grabes Wilhelm v. Humboldts im Schloßpark von Tegel bemerkt die „Kreuzztg." auf Grund einer Berichtigung der Familie und der Gutsverwaltung, daß eine Verletzung des Grabes selbst nicht stattgefunden und augenscheinlich auch gar nicht in der Absicht der Thäter gelegen hat. Der seltsame Vorgang läßt sich nur so erklären, daß — ähnlich wie im Falle Grünenthal — auf dem Friedhofe irgend welche aus einem Diebstahl herrührende Werthsachen vergraben waren, die nun von dem Diebe oder seinen Helfershelfern wieder aufgesucht worden sind. — Ein bewegtes Leben hat, laut „T. A.", in Barmen in diesen Tagen seinen Abschluß gefunden. Es starb eine 57 Jahre alte Frau, welche nicht weniger als neunmal verheirathet war. — Der Wiener Millionär und Gastwirth Krautstoffel, Besitzer einer großen Gastwirthschaft in Favoriten, wurde unter dem Verdachte der Unzucht verhaftet. Krautstoffel wird beschuldigt, sträfliche Beziehungen zu seiner eigenen Tochter unterhalten zu haben, denen ein Kind entsprossen sein soll. Auch die Tochter und die Hebamme wurden in Haft genommen. — Um in Paris nicht vergessen zu werden, läßt Deroulede erzählen, ein Bewunderer habe ihm einen Bahnwagen voll französischer Erde nach Spanien gesendet, und er habe jetzt wegen dieser im Verzeichniß nicht vorgesehenen Waaren mit den spanischen Zollbehörden Anstände. — Der Dampfer „Valle", 1386 Registertons groß, ist auf der Fahrt Bilbao-Rotterdam an der spanischen Küste gestrandet und gesunken; elf Mann der Besatzung wurden gerettet, dreizehn ertranken. — Infolge des fast völligen Verschwindens der Pestepidemie in Oporto wurde der Sanitätskordon aufgelöst, und es sind die regelmäßigen Verbindungen auch mit Spanien wieder hergestellt. In letzter Zeit sind keine neuen Fälle vorgekommen, die letzten wenigen Pestkranken befinden sich auf dem Wege der Genesung.

Wie Majestätsbeleidigungen entstehen. Heucheln, kriechen und bitten verstand er nicht, betteln und stehlen wollte er nicht, so ging denn am 25. v. M. der Cigarrenarbeiter Gustav Härtel in Glatz zu einem Polizeidiener mit dem Ersuchen, man möge ihn einsperren. Da dazu kein Grund vorlag, wurde er abgewiesen. Nun fragte er, ob er eingesperrt werde, wenn er den Kaiser beleidige. Dies wurde bejaht. So verübte H., jedenfalls in einem Anfall von Geistesschwäche, Redewendungen, die seine sofortige Verhaftung zur Folge hatten. H. hat eine Frau und 6 Kinder, das älteste ist 11 Jahre alt, und einen Durchschnittsverdienst von ungefähr 8 Mk. pro Woche. Er ist sonst als solid bekannt und seiner Familie nach besten Kräften gerecht geworden. Seine sauer verdienten Groschen hat er stets der Familie zugewandt und selbst den Erlös von den Frei-Cigarren hat er oft nicht für sich verwandt. Dem durch Kummer und Sorge in's Unglück Gerathenen wäre zu wünschen, wenn die Justiz die Umstände in Betracht zöge, die ihn zu der Handlung hingerissen haben. — Ein Zwangszögling Namens E. Fuchs aus Wellstadt in Baden hat auf dem Wege vom Bahnhof Flehingen nach der Zwangserziehungsanstalt, wohin er von einem Schutzmann transportirt werden sollte, seinen Hut geschwungen und sich dabei einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht. Die Flehinger Gensdarmerie verhaftete denselben sofort und brachte ihn in's Amtsgefängniß. Dort gab er an, er habe die Majestätsbeleidigung nur deshalb ausgesprochen, um nicht in die Anstalt zu kommen.

Das mußte wohl noch kommen. Unter den Kunstnachrichten der „Lpz. Ztg." ist zu lesen: „Der Dramaturg des Hoftheaters in Wiesbaden, Major Lauff, schreibt jetzt im Auftrag des Kaisers ein neues Hohenzollern-Drama, dessen Mittelpunkt der Große Kurfürst als Begründer einer deutsch-preußischen Flotten- und Colonialpolitik bilden soll."

Milde Bestrafung. Der Fabrikant F. A. Vieregge aus Holthausen hatte sich vor der Strafkammer in Hagen wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Am 6. Mai v. J. kam der 17 Jahre alte Arbeiter Goltermann mit der linken Hand in die Kammräder der Exzenter-Presse und erlitt so schwere Verletzungen, daß der Arm amputirt werden mußte. Es steht fest, daß eine Schutzvorrichtung nicht vorhanden war, andererseits aber auch, daß das Fehlen derselben bei amtlichen Revisionen niemals monirt worden war. Der Junge gab an, er hätte während des Betriebes putzen müssen, da er während des Stillstehens der Maschine nicht fertig geworden sei. Das Gericht erkannte gegen den Fabrikanten auf nur 75 Mark Geldstrafe.

Die schwedische Zündholz-Industrie hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen und die Ausfuhr dieses Artikels ist bedeutend gewachsen ungeachtet des starken Wettbewerbs anderer Länder, namentlich Deutschlands und, im Osten, Japans. Die schwedischen Zündhölzer sollen die besten sein; in anderen Ländern werden dieselben aber so billig geliefert, daß die schwedischen den Wettbewerb im Preise nicht aushalten können. Die Zündholz-Industrie in Schweden ist indessen von einer noch größeren Gefahr bedroht, nämlich dem wachsenden Verbrauch des Espenholzes, das wegen seiner Porosität sehr gesucht ist, nicht allein zur Herstellung der Zündhölzer selbst, sondern auch der Zündholz-Schächtelchen. Da Schweden eine ausreichende Menge dieses Holzes nicht mehr zu liefern vermag, muß dasselbe von Rußland und Finland bezogen werden. Nach einem Bericht des schwedisch-norwegischen Generalkonsulats in Riga wurden im Jahre 1898 allein von St. Petersburg 605 076 Kubikfuß, von Libau 30 572 Kubikfuß und von Riga 339 222 Kubikfuß, zusammen 974 870 Kubikfuß Espenholz aus Rußland nach Schweden eingeführt, und wenn man hierzu noch die Einfuhr aus dem übrigen Rußland und aus Finland rechnet, betrug die Einfuhr im ganzen über eine Million Kubikfuß. In wohlunterrichteten Kreisen rechnet man, daß das aus Rußland und Finland eingeführte Espenholz die Hälfte des Verbrauchs der schwedischen Zündholz-Fabriken deckt. Auf diese Weise geht eine bedeutende Geldsumme von Schweden nach Rußland. Es blüht aber auch, was noch schlimmer ist, in Rußland eine Zündholz-Industrie auf, die von der Regierung ein Ausfuhrverbot oder doch einen recht hohen Ausfuhrzoll für Espenholz erbeten hat, auch macht sich schon der Wettbewerb Deutschlands und anderer Länder auf dem russischen Holzmarkte bemerkbar. Da man in Schweden nicht rechtzeitig daran gedacht hat, die gefällten Espen durch neue Anpflanzungen zu ersetzen, wird man jetzt genöthigt sein, das Holz aus ferneren Gegenden zu beziehen, was aber den Preis noch mehr vertheuern wird. Neuerdings will man auch versuchen, das Espenholz durch die namentlich bei Anwendung geeigneter Mittel schneller wachsende Pappel zu ersetzen.

Einen schwunghaften Handel mit Menschenfleisch scheint eine „Firma" L. J. Lindner in Dresden zu treiben. Nach modernster Art von Geschäftsempfehlungen versendet diese Firma pomphaft ausgestattete gedruckte Cirkulare, in denen „billige Arbeitskräfte für Landwirthschaft, Ziegelfabrikation und Erdarbeiten, sowie auch andere Betriebe" gleichwie jede andere beliebige Waare angeboten werden. Es handelt sich dabei „um Beschaffung weiblicher und männlicher galizischer Arbeitskräfte," die „angelegentlichst empfohlen werden." Es werden speziell diejenigen, die später „ihren Bedarf an Arbeitskräften zu decken gedenken", darauf hingewiesen, daß sich schon seit längerer Zeit eine „starke Nachfrage" nach galizischen Arbeitern" bemerkbar mache. Es wird weiter ausdrücklich erwähnt, daß „jede beliebige Zahl von Arbeitern bei rechtzeitiger Bestellung (geliefert — pardon) gestellt werden kann. Welch ein trauriges Licht werfen diese Cirkulare auf unsere moderne Gesellschaft, in der der Arbeiter wie jede beliebige Waare angeboten und verschachert wird.

Die gesundheitliche Gefahr des Nebels kann auf statistischem Wege nachgewiesen werden, sie besteht nicht nur in der Behinderung der Sonnenstrahlen und deren wohlthätiger Wirkung, sondern auch zweifellos darin, daß eine große Zahl von schädlichen Keimen vom Erdboden in die Luft getragen werden. Ein Londoner Bericht weist auf diese Thatsache mit besonderer Schärfe hin. Der Monat November gilt in der Riesenstadt als einer der schlimmsten Monate des Jahres, wegen der rauhen Seewinde und der dicken schwefelfarbigen Atmosphäre, die unter dem Namen Fog berüchtigt ist. Nun war der November vorigen Jahres ungewöhnlich mild, sonnig und frei von Regen und Nebel, obgleich, merkwürdig genug, während der letzten drei Tage des Oktobers eine fürchterliche schwarzfarbige Lawine von Nebel sich über die Stadt gesenkt und den Verkehr fast völlig unmöglich gemacht hatte. Der günstige Verlauf des November zeigte sich deutlich in einem Herabgehen der Sterblichkeit, die nur 17 von 1000 betrug, während die mittlere Sterblichkeit des ganzen Jahres etwa 19 von 1000 beträgt. In der letzten Novemberwoche kam nicht ein einziger Fall von Pocken in den 30 Hauptstädten Englands vor, außer in Hull, wo gegenwärtig eine Pockenepidemie herrscht, der schon 600 Leben zum Opfer gefallen sind. Wenn durch jene Angaben der bösartige Einfluß des Nebels auf den Gesundheitszustand der Großstädte eine neue Bestätigung erfahren hat, so ist es um so mehr gebieterische Pflicht der staatlichen und städtischen Verwaltungen, der Rauchplage in den Großstädten und industriellen Bezirken energisch entgegenzutreten, da durch die Entwickelung starker Rauchmassen in der Luft die Nebelbildung nachweislich nicht nur begünstigt, sondern gelegentlich geradezu erst ermöglicht wird.

---

erwarten, wieder zurückzukehren? Nun werden wir beide hier eingeschlossen werden!"

„So scheint es allerdings. Nun, es könnte noch schlimmer stehen," setzte er hinzu.

„Ich glaube nicht, daß irgend etwas schlimmer sein könnte", antwortete sie, mit dem Fuße stampfend und brach, ganz aus dem Gleichgewicht gebracht, in einen Strom von Thränen aus.

John Niel war ein Mann von einfachem Gemüth, und nie kam er auf den Gedanken, ihren Kummer andern Ursachen als der Angst über den Stand der Dinge und der Furcht, auf unbestimmte Zeit in der belagerten Stadt eingeschlossen zu werden, zuzuschreiben. Immerhin fühlte er sich verletzt durch diesen Empfang nach seiner langen und gefahrvollen Reise, was ihm auch wirklich nicht übel zu nehmen ist.

„Nun, Jeß," sagte er, „ich glaube, daß Sie schon ein wenig freundlicher mit mir sprechen dürften in Anbetracht — in Anbetracht von allem. Kommen Sie, weinen Sie nicht, es ist alles wohl in Moosfontein, und ich denke, wir werden schon einmal wieder dorthin zurückkommen. Ich habe Mühe genug gehabt, hierher zu gelangen, das kann ich Sie versichern."

Sofort hörte sie auf zu weinen und lächelte wieder, und ihre Thränen trockneten wie ein Gewitterregen im Sommer.

„Wie sind Sie durchgekommen?" fragte sie. „Erzählen Sie mir alles, Kapitän Niel." — Bereitwillig kam er ihrem Wunsche nach.

„Es ist sehr gütig von Ihnen, daß Sie Ihr Leben in dieser Weise für mich aufs Spiel gesetzt haben. Ich wundere mich nur, daß niemand von euch die Nutzlosigkeit des Versuches vorausgesehen hat. Wir werden nun beide hier eingeschlossen werden, und das ist sehr traurig für Bessie und Sie."

„Oh? So haben Sie von unserer Verlobung gehört?" fragte er.

„Ja, vor ein paar Stunden habe ich Bessies Brief erhalten und wünsche euch beiden von Herzen Glück. Ich denke, Sie bekommen das süßeste und lieblichste Weib in Südafrika und Bessie einen Mann, auf den jede Frau stolz sein kann."

„Danke schön," sagte er einfach, „ja, ich glaube, ich bin ein glücklicher Mensch."

„Und nun," sagte sie, „wollen wir gehen und nach dem Wagen sehen. Sie müssen sich in diesem schrecklichen Lager einen Platz verschaffen. Auch werden Sie sehr müde und hungrig sein."

In wenigen Minuten langten sie bei dem Wagen an, den Monti neben Mrs. Nevilles Wagen ausgespannt hatte, und die erste Person, die sie sahen, war Mrs. Neville selbst. Sie war eine gute fürsorgliche Frau und an ein rauhes Leben gewöhnt, so daß sie durch eine Lage wie die gegenwärtige nicht leicht aus der Fassung zu bringen war.

„Meine Güte, Kapitän Niel!" rief sie sobald Jeß ihn ihr vorgestellt hatte, „wie schlau müssen Sie sein, daß Sie durch diese abscheulichen Buren hindurchgekommen sind! Ich wundere mich nur, daß sie Sie nicht erschossen oder mit Sjambocks todtgeschlagen haben, die Bestien. Leider nützt es nicht viel, daß Sie gekommen sind, denn Sie werden Jeß niemals zurückbringen können, ehe uns Sir George Colley entsetzt. Aber einen Vortheil hat es doch: Jeß kann jetzt in Ihrem Wagen und Sie in einem Patrouillezelt daneben schlafen. Es ist vielleicht nicht ganz schicklich, aber in diesen Zeiten kann man es nicht so genau nehmen. Gehen Sie nur schnell zum Gouverneur, er wird froh sein, Sie zu sehen; vor fünf Minuten sah ich ihn am andern Ende des Lagers. Unterdessen wollen wir den Wagen in Ordnung bringen."

Als John nach einer halben Stunde vom Gouverneur zurückkam, fand er zu seiner Freude, daß das „in Ordnung bringen" in gutem Gang war und, was noch besser war, daß Jeß ihm über dem Lagerfeuer ein Beefsteak bereitet hatte, das sie ihm nun auf einem kleinen Tischchen neben dem Wagen zurecht stellte. Er ließ sich auf einen Feldstuhl nieder und verzehrte es mit Appetit, während Jeß ihn bediente und Mrs. Neville dazu schwatzte.

„Jeß erzählt mir eben," sagte sie, „Sie seien im Begriff, ihre Schwester zu heirathen; ich wünsche Ihnen Glück dazu. In einem solchen Lande braucht der Mann eine Frau; es ist nicht wie in England, wo er sich in fünf unter sechs Fällen ebensogut den Hals abschneiden, als sich verheirathen kann. Sie ist ein hübsches und gutes Mädchen, Bessie, wenn sie auch nicht so klug ist wie Jeß. Da Sie mit Bessie verlobt sind, kann niemand etwas dabei finden, wenn Sie für Jeß sorgen. Mein Mann kommt gleich und hilft Ihnen Jeß' Bett in den Wagen schaffen, der glücklicherweise groß genug ist. Wir sind in dem unsrigen so eng aufeinander gepreßt, daß ich froh bin, wenn ich das liebe Mädchen los bin, obgleich Sie natürlich beide die Mahlzeiten mit uns einnehmen müssen."

Jeß hörte schweigend zu. Sie konnte nicht wohl darauf bestehen, in dem überfüllten Wagen zu bleiben; außerdem hatte sie bereits eine Nacht darin zugebracht, und das genügte ihr. Einmal hatte sie vorgeschlagen, sie wolle versuchen, bei den Nonnen ein Unterkommen zu finden, aber Mrs. Neville hatte den Gedanken sofort verworfen.

„Nonnen!" hatte sie gesagt, „Unsinn! Wenn Ihr Schwager — wenigstens wird er Ihr Schwager, wenn nicht die Buren uns allen den Garaus machen — hier ist, um für Sie zu sorgen, so brauchen Sie doch nicht daran zu denken, zu einem Haufen Nonnen zu gehen. Es ist schon mehr als genug, wenn die für sich selbst sorgen können."

Was John betrifft, so aß er sein Beefsteak und sagte nichts. Die getroffene Einrichtung schien ganz seinen Beifall zu haben.

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.